

15

17 November 2000

FRIEDEN UND WOHL

**Eine Denkschrift zu den sozialen Fragen in der
Tschechischen Republik zur öffentlichen Diskussion**

FRIEDEN UND WOHL

**Eine Denkschrift zu den sozialen Fragen in der
Tschechischen Republik zur öffentlichen
Diskussion**

HERAUSGEGEBEN DURCH DAS SEKRETARIAT DER TSCHECHISCHEN
BISCHOFSKONFERENZ, PRAG 2001
(FÜR INTERNE NUTZUNG)

Vorwort

Der ständige Rat der Tschechischen Bischofskonferenz hat am 8. Januar 1998 über den Beginn der Arbeit an einem Dokument zu den sozialen Fragen in unserem Land entschieden, das ähnlich wie dies schon früher in anderen europäischen Ländern (BRD, Österreich, England, Ungarn) erfolgte - der breiten Öffentlichkeit die Ansichten der christlichen Soziallehre über die dringlichen Probleme unserer Zeit bekannt macht. Es wurde eine Arbeitsgemeinschaft von Fachleuten ins Leben gerufen, die unter der Schirmherrschaft der Tschechischen Christlichen Akademie ihre Arbeit am 3. Juni 1998 begann. Hierauf wurden auch vom Ökumenischen Kirchenrat betraute Fachleute zur Teilnahme an der Erstellung des Dokuments zugezogen.

Die Aufgabe unserer Zeit, auf deren Diagnose sich die Arbeitsgemeinschaft konzentrierte, sind die mit der wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Transformation verbundenen gesellschaftlichen Veränderungen, die in unserem Land nach der Wiedererlangung der bürgerlichen, politischen und religiösen Freiheit im November 1989 begonnen haben. Die Richtlinie für diese schwierige Aufgabe war der Ideenreichtum der christlichen Soziallehre, vor allem die letzte soziale Enzyklika von Papst Johannes Paul II. - "Centesimus annus" - die 1991, also gleich am Beginn der Transformation zum hundertsten Jubiläum der ersten päpstlichen sozialen Enzyklika "Rerum novarum" veröffentlicht wurde. Der Arbeitsgemeinschaft gehörten auch Menschen mit außergewöhnlichen Lebenserfahrungen an, unter denen sich politische Gefangene der 50er und 60er Jahre sowie aktive Teilnehmer des christlichen Widerstandes der 70er und 80er Jahre befanden. Die Teamarbeit wurde durch das Bewusstsein der großen Bedeutung, die der Aufmerksamkeit auf die Zeichen der Zeit zukommt, gefestigt.

Die Zeit, in der es uns beschieden ist, zu leben und zu arbeiten, ist gekennzeichnet durch eine große gesellschaftliche Umwandlung und ist deshalb notwendigerweise uneinheitlich und widersprüchlich. Die Suche nach einem Konsens in der Beurteilung der vergangenen Entwicklung erfordert ein hohes Maß an Geduld, gegenseitiger Toleranz und Bereitschaft, zuzuhören. Trotz allen guten Willens und aller Anstrengungen sind sich die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft der Grenzen ihrer Erkenntnis und möglicher alternativer Auffassungen hinsichtlich der Problematik bewusst, die den Kern des Dokuments bildet.

Die jetzt der breiten tschechischen Öffentlichkeit zur Diskussion vorgelegte Fassung ist schon die fünfte Bearbeitung des Arbeitsmaterials des Teams. Die vorhergehenden Fassungen waren Versuche, auf die Bemerkungen der Mitglieder der Tschechischen Bischofskonferenz selbst sowie der theologischen Fakultäten und eines Kreises von interessierten Personen zu reagieren. Einige vorhergehende Fassungen wurden bereits den Teilnehmern des vom Tschechischen Regierungsrat für Soziale und Ökonomische Strategie organisierten Seminars "Moral und Glaube" zur Verfügung gestellt und ebenso Vertretern der Gewerkschaften und einigen Persönlichkeiten aus der Welt der Politik. Jedoch erst mit der vorliegenden Publikation anlässlich unseres Staatsfeiertags, des 17. Novembers, leiten wir eine wirklich breite gesellschaftliche Diskussion ein, von der wir uns eine weitere Klärung der vergangenen Entwicklung versprechen, besonders aber einen breiten gesellschaftlichen Konsens über den in unserem Land künftig einzuschlagenden Weg.

Mein aufrichtiger Dank gilt allen Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft, denjenigen, die an der bisherigen Arbeit mitgewirkt haben, sowie allen, die an der Diskussion teilnehmen werden, um zum wirklichen Fortschritt unserer Gesellschaft beizutragen.

Der Untertitel dieses Dokuments ist ein christlicher Gruß zum Beginn des 21. Jahrhunderts. Den Wunsch der Arbeitsgemeinschaft, die das Dokument vorbereitet hat und den gemeinsamen Wunsch von uns allen, die diese Arbeitsgemeinschaft mit seiner Erstellung betraut haben, drückt jedoch der Name des Dokumentes selbst aus: "Frieden und Wohl". Den Frieden Christi und umfassendes Wohl für das ganze Volk.



Mons. Jan Graubner

Erzbischof von Olmütz (Olomouc)
Vorsitzender der Tschechischen Bischofskonferenz

Prag, 17. November 2000

Inhalt

VORWORT

I. DAS ERBE DER VERGANGENHEIT 13

1. Einen dicken Strich unter die Vergangenheit zu ziehen, ist nicht möglich 13
2. Die Kirchen bekennen sich zu ihrem Anteil an der Verantwortung 13
3. Die Verfolgungen, Leiden und Opfer unter beiden totalitären Regimen verbinden alle Christen..... 16
4. Mangel an Aufmerksamkeit auf die Zeichen der Zeit und unzulänglicher Widerstand gegen das Böse rächen sich 16
5. Das Erbe unserer Vergangenheit ist moralischer Verfall als Folge der Abkehr von Gott 18

II. DIE GESCHEHNISSE VOM NOVEMBER 1989 19

6. Der wahre Herr der menschlichen Geschichte ist Gott in Jesus Christus..... 19
7. Danken wir Gott für den friedlichen Verlauf der umwälzenden Veränderungen 20
8. Der enge Zusammenhang mit dem ehemaligen Herrschaftssystem in rechtlicher und politischer Hinsicht war und ist eine Belastung 20
9. Ein Rechtsstaat kann kaum ohne guten Willen und Bereitschaft zur Vergangenheitsbewältigung entstehen 21
10. Die wahre Transformation kann sich nicht auf eine bloß äußerliche Umwandlung der Strukturen des Bösen beschränken 22

III. DIE KONZEPTION DER TRANSFORMATION UND DIE CHRISTLICHE SOZIALLEHRE 23

11. Die moralische Dimension der Transformation wurde unterschätzt..... 23

12. Es ist nicht gelungen, eine feste Rechtsordnung zu schaffen, das Recht ist von der Moral getrennt	25
13. Die altneue Bevormundung durch den Staat und die altneuen Strukturen des Bösen	25
14. Auch die neue Form der materialistischen Philosophie ist irrig ..	26
15. Der fundamentalistische Liberalismus ist zu einem Religionsersatz geworden	27
16. Die eigenmächtigen Eigentumsverschiebungen ohne feste rechtliche Rahmenbedingungen müssen ein Ende nehmen	28
17. Die Kirchen treten für ein rechtlich und sittlich geordnetes sozial – ökonomisches System ein.....	28
18. Eine Gesellschaft, die das Gemeinwohl nicht respektiert, ist krank	29

IV. EINE SYSTEMVERÄNDERUNG: DER MARKT ALS ALLHEILMITTEL UND DER MARKT ALS RETTUNG? 30

19. Die Transformation ist eine ganzheitliche Aufgabe mit mehreren Dimensionen	30
20. Die ökonomischen Werte dürfen nicht das höchste Ziel darstellen	31
21. Der Markt kann nur in einem ethischen Umfeld gut funktionieren und dieses kann der Markt allein nicht schaffen	31
22. Eine Voraussetzung für das Funktionieren des Markts ist der Wettbewerb und den soll der Staat unterstützen	32
23. Die Umstrukturierung der alten Wirtschaftssektoren kann ohne Beteiligung des Staates nicht durchgeführt werden, der Markt allein genügt nicht	33
24. Zahlreiche Wirtschaftssektoren lassen sich in Anbetracht ihres Charakters nicht bloß auf das Spiel von Angebot und Nachfrage reduzieren	34

V. STAAT UND BÜRGERGESELLSCHAFT: ERNEUERUNG DER RECHTSORDNUNG UND ENTWICKLUNG ZU VERANTWORTUNGSVOLLEM BÜRGERLICHEN BEWUSSTSEIN 35

25. Das Weiterbestehen des deformierten Rechtssystems des abgelösten Regimes ist ein Hindernis für den Rechtsstaat	35
26. Der Buchstabe des Gesetzes allein tötet. Das Naturrecht muss wieder in seine Rechte eingesetzt werden	35
27. Die Änderung der Gesetze allein genügt nicht, um die Legitimität der Rechtsordnung zu verbürgen – unerzwingbares Recht führt zu Unrecht	36
28. Gleichheit aller vor dem Gesetz ist eine Vorbedingung geordneter Verhältnisse	37
29. Das Anliegen der Legislative muss Gerechtigkeit sein	38
30. Der überkommene Versorgungsstaat ist ein unvollkommener Ersatz der Bürgergesellschaft	39
31. Die Erziehung zu Rechtsbewusstsein und Verantwortung kultiviert die Rechtsordnung	40
32. Das internationale und das europäische Recht sind eine Hilfe für die Erneuerung unserer Rechtsordnung	41
33. Subsidiarität und Solidarität im Dienste des Gemeinwohls	42
34. Eine Demokratie ohne Werte schlägt leicht in Totalität um	43
35. Ein Christ ist zu bürgerlichem und politischem Engagement verpflichtet	44

VI. DIE MODERNISIERUNG DER WIRTSCHAFT: DER MENSCH IN DER ARBEITSWELT 45

36. Der Unternehmer organisiert, koordiniert, er ist ein Mensch, der Neues schafft	45
37. Eine nur der persönlichen Bereicherung dienende Privatisierung war keine Lösung	45
38. Hohe Arbeitslosigkeit ist ein gesellschaftlicher Missstand, die Einrichtung neuer Arbeitsplätze ist verdienstvoll	46
39. Die christlichen Kirchen stehen auf der Seite derjenigen, die an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden	49

40. Das Verschleppen der notwendigen Veränderungen in den Betrieben verursacht jetzt hohe soziale Kosten	50
41. Die Gewerkschaften sind ein legitimer Bestandteil der Gesellschaft	51
42. Die demokratische Kultur der Arbeit ist eine Alternative und ökonomische Herausforderung	52

VII. HUMANÖKOLOGIE: DER MENSCH ALS VERWALTER DER NATUR UND DER , GANZEN SCHÖPFUNG

43. Auch der Mensch ist ein Teil der Schöpfung	53
44. Europa altert und stirbt aus, steigert jedoch trotzdem seinen Verbrauch	54
45. Mahnrufe und Problemanzeigen zur Globalisierung	55
46. Der Realsozialismus war eine wenig erfolgreiche und umweltschädliche Entwicklungsvariante	56
47. Die ökonomische Transformation hat schon einiges zur Beseitigung der Umweltschäden beigetragen. Der Anstieg des Kraftverkehrs wird zu einer ökologischen Bedrohung	57
48. Der Umweltschutz schafft neue Arbeitsplätze	58
49. Die Ökonomie des freiwilligen Maßhaltens, die Kultur des Dienstes und Gebens	58

VIII. FAMILIE, BILDUNGSWESEN UND MASSEN MEDIEN . 60

50. Die Familie ist ernstlich bedroht	60
51. Die Gesellschaft soll Bedingungen für die Stabilität der Familie schaffen	62
52. Die Erneuerung der Gesellschaft beginnt in der Familie – der Beitrag der Familie zur Erziehung	63
53. Die Folgen des Verlustes der integrierenden Rolle des Christentums in der Kultur	64
54. Eine wichtige Aufgabe der Bildung ist die Erneuerung des christlichen Geistes der Kultur	65
55. Das Schulwesen darf nicht völlig dem Utilitarismus unterworfen werden	65
56. Ständiges Lernen und Erwachsenenbildung sind unumgänglich notwendig	67

57. Die Macht der Medien in der heutigen Gesellschaft. Was man von ihnen erwartet.	68
58. Die Risiken eines Missbrauchs der Massenkommunikation	69

IX. VISIONEN, HOFFNUNGEN UND IDEALE: DAS REICH GOTTES AUF ERDEN

59. Ein Mensch, der nur von heute auf morgen lebt, kann nicht zufrieden sein und sein Geist leidet	72
60. Die gegenwärtigen Verhältnisse dürfen nicht zur Richtschnur unseres Verhaltens werden	72
61. Die Kirchen dürfen nicht schweigen, das würde ihre Mitschuld bedeuten	73
62. Die christliche Vision als den gesellschaftlichen Veränderungen entsprechendes Programm zur Schaffung geordneter Verhältnisse	74
63. Die Freiheit als sittliche Aufgabe	75
64. Die Kirchen bieten neue Wege an – fürchten wir uns nicht, gegen den Strom zu schwimmen	77
65. Die Konstanten der christlichen Soziallehre: ein "Ja" und "Nein" zu den gesellschaftlichen Konzepten und Visionen	78

Anmerkungen	80
-------------------	----

Einleitung

Zehn Jahre nach dem Wiederlangen der bürgerlichen, politischen und religiösen Freiheit finden in der tschechischen Gesellschaft komplizierte und schwerwiegende Veränderungen statt, die in ihrer Gesamtheit als Transformation bezeichnet werden. Der Zerfall des Sozialismus hat in allen ehemaligen Ostblockstaaten den Weg zur Erneuerung der Bürgergesellschaft, der parlamentarischen Demokratie und der Marktwirtschaft geöffnet. Am Beginn dieser Umwandlungen gab es in unserem Land scheinbar einen breiten gesellschaftlichen Konsens in bezug auf deren Charakter und hinsichtlich der Richtung des einzuschlagenden Weges. Nach Leitbildern suchten wir bei unseren glücklicheren westlichen Nachbarn, denen es erspart geblieben war, den vierzigjährigen Irrweg des sozialistischen Experiments durchzumachen.

Nach zehnjähriger Transformation haben wir nicht aufgehört, für die Gaben der Freiheit dankbar zu sein. Es hat sich jedoch gezeigt, dass die Aufgaben unserer Zeit schwerer zu bewältigen sind, als wir erwartet hatten. Wir verlieren zunehmend die klare Vision und der gesellschaftliche Konsens über unseren weiteren Weg schwindet allmählich. Eine Gesellschaft ohne gemeinsame grundlegende Werte, Hoffnungen und Visionen ist jedoch krank und von Unruhe, Hader und Widersprüchen bedroht. In dieser gesellschaftlichen Situation, die manchmal auch als Krise bezeichnet wird – eine Krise in wirtschaftlicher, politischer und moralischer Hinsicht – erleben wir die Jahrhundert- und Jahrtausendwende. Schon dieser Umstand gibt Anlass, sich eingehend mit der Frage auseinander zu setzen, woher, wohin und auf welchen Wegen unsere Schritte in die Zukunft führen.

Wir betrachten es als unsere moralische Aufgabe und Bürgerpflicht, zur gesellschaftlichen Problematik Stellung zu nehmen. Den Beginn des neuen Millenniums rechnen wir alle von Christi Geburt an. Die zweitausendjährige Tradition der Institution der allgemeinen Kirche und unsere Geschichte gleich von ihrem Anfang an sind durchdrungen von der lebendigen, frohen Botschaft der Bibel, dem Evangelium. Wir sind uns in aller Demut bewusst, dass wir selbst und auch unsere Vorfahren den aus dem Evangelium entspringenden Pflichten oft viel schuldig geblieben sind, wovon unter anderem auch unsere noch immer bestehende Spaltung zeugt. Aber der Schatz des Glaubens, den wir trotz aller unserer Unzulänglichkeiten bewahren und weitergeben, ist auch nach zweitausend Jahren das Licht Gottes auf unserem Weg.

Die gesellschaftliche Dimension des Evangeliums, die sich aus dem Christentum ergebende Sozialethik, ist das Feld, auf dem die Zusammenarbeit der verschiedenen Kirchen am leichtesten gelingt. Die ökumenische geschwisterliche Liebe hat auch zur Erstellung dieser Denkschrift geführt. Die Soziallehre der katholischen Kirche und anderen wichtigsten Kirchen weisen viele gemeinsame Prinzipien auf. In diesem Sinne bedienen wir uns in dieser Schrift des zusammenfassenden Begriffs der "christlichen Soziallehre". Seine Anwendung auf unsere konkreten historischen Bedingungen stellt zwar eine schwierige, jedoch prinzipiell erfüllbare Aufgabe dar.

In der modernen Geschichte, vor allem im Laufe des eben zu Ende gehenden Jahrhunderts, wirkt in der katholischen Kirche die Tradition der päpstlichen Sozialzyklen, d.h. der päpstlichen Rundschreiben zu den aktuellen sozialen Fragen. Die letzte von ihnen, "Centesimus annus" veröffentlichte Johannes Paul II. 1991, also hundert Jahre nach der ersten Enzyklika von Leo XIII. "Rerum novarum". In der ersten Sozialenzyklika geht es um die kritische Reflexion der entstehenden kapitalistischen Ordnung und die sogenannte „Arbeiterfrage“ am Ende des 19. Jahrhunderts, in der zweiten um die kritische Reflexion der kapitalistischen Ordnung nach dem Zerfall des sozialistischen Experiments. Der prophetische Geist der ersten päpstlichen Enzyklika enthielt schon eine grundsätzliche, scharfe Kritik des marxistischen Sozialismus und in diesem Sinn hätte die letzte Enzyklika die Genugtuung und den Triumph der christlichen Soziallehre ausdrücken können. Johannes Paul II. setzte sich jedoch mit den neuen Zeichen der Zeit auseinander, mit den neuen Schwierigkeiten, die auch wir nach 1989 in unserem Land zu überwinden haben. Zu ihnen gehört die Fragilität unserer jungen Demokratie und die Schaffung von Bedingungen, die unsere Wieder- Eingliederung in die größere Familie der europäischen Nationen ermöglichen sollen. Das letzte Dokument, das die katholische Soziallehre zusammenfasst, ist der vor kurzer Zeit erschienene "Sozialer Katechismus der Kirche" (Rom, Vatikan 2000).

Der Name der Denkschrift "Frieden und Wohl" wurde von Franz von Assisi übernommen, der mit diesen Worten seine Brüder grüßte. Der Heilige bezog wirklich alle seine Zeitgenossen in seine allumfassende Liebe ein, niemand war ausgeschlossen. Das Streben nach Frieden und guten Werken, die Versöhnung der Menschen von verschiedener ethnischer Herkunft, Klassenzugehörigkeit, politischer und ideeller

Orientierung sind Werte, die wir im beginnenden 21. Jahrhundert dringend benötigen. Es geht um das Gute und den Frieden in den zwischenmenschlichen Beziehungen und in der Gesellschaft. Diese beiden Werte werden für uns zu einer Aufgabe, die wir auch der Natur gegenüber erfüllen müssen. Wir sind davon überzeugt, dass "Frieden und Wohl" grundlegende Werte sind, über die sich, wie wir hoffen, alle Menschen guten Willens, denen die Zukunft dieses Landes am Herzen liegt, einigen können, die Gläubigen aller Kirchen und die Menschen, denen die Fähigkeit nicht abhanden gekommen ist, zwischen Gut und Böse, zwischen dem, was getan werden soll und was zu unterlassen ist, zu unterscheiden.

Wir haben uns für die Veröffentlichung des Ergebnisses unserer gemeinsamen Bemühungen entschlossen, denn uns beunruhigt eine Vielzahl von besorgniserregenden Erscheinungen des gesellschaftlichen Lebens. Wir wollen uns mit dieser Denkschrift nicht über unsere Mitmenschen erheben oder gar über sie richten, wir möchten unsere Mitmenschen ansprechen und nicht uns abgrenzen. Es geht uns um die gemeinsamen ureigensten und grundlegenden Interessen, um die Zusammenarbeit aller, die etwas für die Wandlung unseres sozialen Klimas und von uns selbst tun wollen. Dieser gute Wille wird dann mit Gottes Hilfe einen Wandel der Ansichten und vieler Lebensgewohnheiten sowie unseres gegenseitigen Verhaltens in den gesellschaftlichen Beziehungen herbeiführen.

Die christliche Soziallehre legt Nachdruck auf die Werte und moralischen Prinzipien, welche die Würde des Menschen als Ebenbild Gottes hervorheben und ist in diesem Sinn an keine konkrete gesellschaftlich-politische Ordnung gebunden. Diese Werte und moralischen Prinzipien verhalten sich jedoch nicht neutral zu den konkreten Institutionen, Konzeptionen und Ideologien. Die Soziallehre wertet sie natürlich nicht parteipolitisch, sondern in der Perspektive dessen, worum es den Kirchen vor allem gehen muß: Aus der Perspektive des Gedeihens der irdischen Gemeinschaft, einer besseren Qualität des Menschenlebens, der Wege der Menschen zu Gott. Es ist unser Wunsch, dass das Dokument als Beitrag zum Meinungs austausch über das gesellschaftliche Geschehen mit allen Menschen guten Willens aufgefasst wird, besonders mit denen, die sich in der Welt der Politik, des Unternehmertums oder der Staatsverwaltung engagieren und sich an der Besserung der öffentlichen Angelegenheiten beteiligen wollen.

FRIEDEN UND WOHL

Eine christliche Begrüßung zum beginnenden 21. Jahrhundert

I. DAS ERBE DER VERGANGENHEIT

1. Einen dicken Strich unter die Vergangenheit zu ziehen, ist nicht möglich

Wollen wir die Ursachen und Wurzeln des gegenwärtigen Zustandes unserer Gesellschaft und ihrer wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Probleme aufdecken, können wir nicht umhin, unseren Blick auf die Vergangenheit und auf diejenigen Kräfte und Traditionen zu richten, die bei uns weiterhin ihre Wirkung ausüben. Nur so können wir Wege zur Besserung des gegenwärtigen Standes der Dinge suchen und finden. Die Reflexion der Vergangenheit bedeutet die Untersuchung der "Zeichen der Zeit" und das Suchen von Wegen zur gerechten Ordnung der Gesellschaft. Deshalb lässt sich kein "dicker Strich" unter die Vergangenheit ziehen.

2. Die Kirchen bekennen sich zu ihrem Teil der Verantwortung

Das Christentum erlitt in den tschechischen Ländern im Laufe von mehr als vierzig Jahren kommunistischer Herrschaft die schwersten Schäden durch die systematische Verfolgung der aktiven Priester, Prediger, Ordensbrüder und -schwestern sowie vieler Laien. Die Abkehr der heutigen Gesellschaft von den christlichen Werten hat jedoch ihre historischen Wurzeln. Ein Teil der Gesellschaft hat eine gleichgültige, manchmal geradezu feindliche Einstellung zum Christentum und noch mehr zu den Kirchen als Institutionen. Die praktizierenden Christen sind in unserem Land in der Minderheit, wenn sich auch am Beginn der Umwälzungen, zu denen es im letzten Jahrzehnt gekommen ist, bei der letzten großen Meinungsumfrage, ein bedeutender Teil der Bevölkerung zum Christentum bekannte.

Diese Situation stellt die christlichen Kirchen vor allem vor zwei Fragen:

– inwieweit haben wir diesen Zustand selbst verschuldet?

– was für eine Aufgabe haben wir heute, um unsere Sendung in der Welt zu erfüllen?

Auf die erste Frage müssen wir ehrlich antworten, dass die negativen Einflüsse der historischen Entwicklung, zu denen wir Christen uns selbst bekennen müssen, bis ins 14. Jahrhundert, vielleicht sogar bis zur Verbreitung des christlichen Glaubens und seiner Lebensformen bei uns zurückreichen. In großen Zügen: die Versuchungen der weltlichen Macht, später in Verbindung mit der Unterordnung des Christentums unter die Ziele der Germanisierung im einstigen Österreich-Ungarn hatten zur Folge, dass sich die Bevölkerung dem vorherrschenden Katholizismus entfremdete. In der modernen Geschichte kamen noch zahlreiche weitere importierte Faktoren zur Geltung: Es geht um die in der Aufklärung sich zuspitzenden Ideen, auf die keine der Kirchen eine adäquate Antwort fand. Noch viele andere negative Faktoren, die zur Schwächung der Rolle des Christentums bei uns führten, waren ein Ergebnis unseres eigenen Versagens und unserer Versäumnisse. Die Kirchen konzentrierten sich auf ihre internen Probleme, manche von ihnen nicht selten auch auf das Erlangen von politischer Macht. Sie verloren die Fähigkeit, die Zeichen der Zeit zu erkennen und vernachlässigten die Sorge um die Bedürfnisse der ärmsten Bevölkerungsschichten. Sie schenkten den Bemühungen um Gerechtigkeit in der wirtschaftlichen und sozialen Sphäre keine ausreichende Beachtung. Unter den vielfältigen sozialen Motiven ihrer Traditionen betonten sie eher diejenigen, die die zweifelhafte Politik der Unterordnung unter die staatlichen Strukturen des österreichischen Kaiserreichs begünstigten, wie das z.B. bei der katholischen Kirche der Fall war. Das soziale Fühlen des niedrigen Klerus unterschied sich scharf von der geringschätzigen Haltung eines großen Teils der Hierarchie, die oft von privilegierter österreichischer Abstammung war. Die soziale Tätigkeit entwickelte sich in den tschechischen Ländern gleichzeitig mit der Unterstützung des Nationalbewusstseins (Sušils Gruppe, 1. Treffen der katholischen Gemeinden in Brünn, Gründung der christlich-sozialen Partei in Leitomischl 1849).

Die Form der als Austrokatholizismus bezeichneten gegenseitigen Beziehungen von Staat und Kirche hatte in unserem tschechischen historischen Kontext eine verhängnisvolle Wirkung: die ihrem Volk oft entfremdeten gesellschaftlichen Stützen der kirchlichen Hierarchie waren nicht fähig, Jesus im armen und schwachen Menschen zu

erkennen (vgl. Mt 25, 31 - 46) und überhörten die Stimmen, mit denen er die Erfüllung seiner berechtigten Forderungen verlangte. Dass die Kirchen die Arbeiterklasse verloren, bezeichnete Pius XI. als Skandal des 19. Jahrhunderts. Es muss mit Bedauern festgestellt werden, dass diese Behauptung für unsere Länder in noch größerem Maße gilt als anderswo. Eine gleichgültige Beziehung zur Kirche entwickelte sich auch bei einem großen Teil der Intelligenz und der Menschen, die sich im öffentlichen Leben engagierten.

In dieser Denkschrift findet sich kein Platz für eine eingehende Analyse und Argumentation, wie sie diese gewichtigen Aussagen brauchen würden. Das Ziel unserer Denkschrift ist auch nicht Selbstzerfleischung. Die Kritik der eigenen Reihen könnte sicher durch eine Aufzählung all des Guten, das die christlichen Kirchen in der Vergangenheit bei uns vollbracht haben, ausgewogener werden. Das alles kann jedoch den Anteil der Kirchen an der Abkehr eines großen Teils der Gesellschaft von der Botschaft des Evangeliums nicht aufwiegen. Johannes Paul II. fordert die Kirche im Jubiläumsjahr 2000 zu Selbstkritik und Reue auf, sowie zur Auseinandersetzung mit dem eigenen Versagen in der Vergangenheit und ging dabei mit seinem Beispiel voran. Der Hirtenbrief der böhmischen und mährischen Bischöfe "Der gnädige Sommer des Herrn", der einen Monat vor den Cyrill- und Methodius-Feiern veröffentlicht wurde, stellt einen aufrichtig gemeinten Schritt in diese Richtung dar.

Mit Bedauern bekennen wir, dass die christlichen Kirchen in unserem Land ihren Teil der Schuld für die schwerwiegenden sozialen Fragen in diesem zu Ende gehendem Jahrhundert tragen. Mit diesem Bekenntnis beginnen wir unsere Denkschrift zu den sozialen Fragen. Das ist eine unerlässliche Bedingung, für ihre Glaubwürdigkeit. Nur der Geist der Buße und Demut ist ein echter Anfang der Umkehr. Das gilt vor allem für uns. Es ist aber auch ein Mahnruf an die Welt der Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Sozialarbeit. Wir lehnen die häufige und eingewurzelte Versuchung ab, nur den äußeren Feind zu suchen. Im Gespräch, das wir gerne anregen möchten, wollen wir die Mitverantwortung für die Krise, in der sich die tschechische Gesellschaft befindet, nicht bestreiten.

3. Die Verfolgungen, Leiden und Opfer unter beiden totalitären Regimen verbinden alle Christen

Wenn wir heute Gott für die Gabe der religiösen Freiheit danken, so haben wir unsere Dankbarkeit auch den Tausenden tapferen und opferwilligen Christen zu bezeugen, die festgenommen, interniert und in den Konzentrationslagern des Nationalsozialismus und in den Gefängnissen des Kommunismus gefangengehalten wurden. Viele von ihnen haben ihre Glaubenstreue mit ihrem eigenen Blut bewiesen. Dieses Schicksal traf viele Geistliche und aktive Laien. Viele Opfer finden wir in den Vereinen und Organisationen, die sich um die Verbreitung christlicher Werte bemühten, wie zum Beispiel Sokol, Orel, YMCA, Pfadfinder u.a. Auch die Opfer aus den Reihen der tschechischen orthodoxen Kirche, besonders zur Zeit der "Heydrichiade", als ihre Leitung ermordet wurde dürfen nicht vergessen werden. Große Glaubenstreue bewiesen zur Zeit der kommunistischen Verfolgungen besonders die Priester und Gläubigen der griechisch-katholischen Kirche. Alle diese Opfer haben der ökumenischen Annäherung der Ansichten und Haltungen den Weg bereitet. Das gemeinsame Leid hat das Zusammengehörigkeitsgefühl der christlichen Kirchen gestärkt. Seit 1989 sind die brüderlichen Beziehungen zwischen unseren Kirchen so gut wie niemals zuvor.

4. Mangel an Verständnis für die Zeichen der Zeit und unzulänglicher Widerstand gegen das Böse rächen sich

So wie in den 30er Jahren in Deutschland waren die Christen später auch in unserem sudetendeutschen Grenzgebiet nicht fähig, die "Zeichen der Zeit" zu erkennen. Sie traten dem aufkommenden Nationalsozialismus nicht rechtzeitig und offen entgegen. Ein ähnliches Versagen nach dem Krieg müssen uns auch wir, die Christen in der Tschechischen Republik, vorwerfen. Wir waren nicht imstande zu erkennen, welche Gefahr der Hass barg, der damals in allen Schichten unserer Bevölkerung aufflammte. Die Kirchen traten nicht gegen diesen Geist auf. Das berechtigte Bestreben, das tschechische Volk in Zukunft vor einer weiteren unheilvollen Bedrohung durch Deutschland zu schützen, verschmolz auf eine unglückliche, nicht zu rechtfertigende Weise mit dem Verlangen nach kollektiver Vergeltung und mit mangelnder Bereitschaft, das Maß an individueller Verantwortung in gerechter

Weise zu unterscheiden. Das durch die „Lösung der deutschen Frage“ nach dem Krieg bewirkte Trauma lastet noch auf uns, ob wir nun bereit sind, uns dies einzugestehen oder nicht.

Der Krieg und die sogenannte "wilde Aussiedlung" hatten eine Verbiegung und Verflachung des Glaubens an Gerechtigkeit als Grundlage der Gesellschaft zur Folge. Der Glaube an die Macht des Geistes ging verloren. Die Vorstellung des Sozialdarwinismus von der Welt und der Geschichte nahm überhand. Danach siegt und überlebt derjenige, der physische Kraft besitzt und Gewalt anwenden kann. Der kommunistische Umsturz führte dann gemäß der Logik eines solchen Denkens zur gewaltsamen Unterdrückung der Freiheiten und zur Enteignung des Besitzes ohne Entschädigung. Das war ein weiterer entscheidender Schritt auf diesem Irrweg. Auch hier zeigte die Gemeinschaft der christlichen Kirchen keine ausreichende Einigkeit in ihrem Widerstand gegen die massiven Eingriffe in die Institution des Eigentums, obwohl die Sozialethik und die kirchlichen Dokumente schon damals klar artikuliert die Massenenteignungen aus prinzipiellen Gründen abgelehnt hatten.

Und ähnlich wie kurz vorher die „Deutschen Christen“ einen hohen Preis für ihr Versagen zu zahlen hatten, kehrte sich der Geist des Bösen auch gegen uns tschechische Christen, die sich ihm nicht gleich am Ende des Krieges entgegengestellt hatten. Die planmäßigen Repressionen, Provokationen, inszenierten Prozesse und Strafen nach 1948 hatten zum Ziel, die Kirchen der kommunistischen Macht unterzuordnen. Unter diesem Druck kam es innerhalb der Kirchen zur Spaltung in mehrere Strömungen. An einem Pol stand die Kollaboration mit dem Regime, am anderen befanden sich die geheimen Untergrundkirchen und die Gruppen der christlichen Dissidenten.

Die Ursache dafür, dass ein Teil der Christen in der Duldung des Regimes zu weit ging, ist in der falschen Auslegung der Geschehnisse jener Zeit und im unzulänglichen Begreifen der christlichen Soziallehre zu suchen. Die Grundsätze der Gleichheit und sozialen Gerechtigkeit, mit denen das kommunistische Regime seine Anhänger gewann, freilich auf Kosten des Verlustes der Freiheit und persönlichen Verantwortung, erinnerten manche ehrliche Menschen (auch aus den Reihen der Kirchen) an die biblischen Prinzipien der Nächstenliebe. Unter dem Druck der sogenannten Kulturrevolution am Ende der 50er Jahre gerieten die Kirchen immer tiefer in ein Ghetto, aus dem sie sich in den

ersten Jahren nach 1989 nur langsam befreien. Bis jetzt ist es ihnen nicht gelungen, die innere bis zur Spaltung führende Spannung zu überwinden, zu der das frühere Regime durch seine diskriminierenden Praktiken beigetragen hat. Auch in diesem Punkt wird es nicht möglich sein, einen dicken Strich unter die Vergangenheit zu ziehen. Unser früheres Versagen wird wiederkehren und wir werden dafür büßen müssen, solange wir uns - im Einklang mit der Mahnung Christi zur Umkehr - nicht mit ihm auseinandersetzen. Die christliche Auffassung dieser Fragen sollte das Nachsinnen über Gottes Strafe für unser Versagen nicht aus den Augen verlieren. Wie oft geschah dies doch in diesem Jahrhundert! Das, was folgte, kann als "Sturm des Zornes, der wegen unserer Sünden über unsere Häupter geschickt wurde" (A. Comenius) betrachtet werden. Gott erzieht uns auch, indem er uns straft. Und denjenigen, die Gott lieben, gereichen alle Dinge zum Guten.

5. Das Erbe unserer Vergangenheit ist moralischer Verfall als Folge der Abkehr von Gott

Eine wichtige Komponente des Erbes der Vergangenheit ist die Entwicklung der gesellschaftlichen Moral. Historisch kann ein Verfall der moralisch stabilen Strukturen der Gesellschaft schon im 19. Jahrhundert vom Beginn des Industriezeitalters an nachgewiesen werden. Der Austrokatholizismus mit seiner vielfach bereits oberflächlichen oder sogar heuchlerischen Religiosität trägt einen Teil der Schuld an diesem Trend. Das Räderwerk der Geschichte, das unser Volk im 20. Jahrhundert durchleben musste, beschleunigte diese Erosion der überkommenen kulturellen und moralischen Verhaltensweisen. Unser Erbe sind die Verwirrung der Werte, die geringe Widerstandsfähigkeit gegen ideologische Manipulation und die geschwächte moralische Integrität. Gegen das gesellschaftliche Übel des Kommunismus haben wir als Nation geringere Resistenz bekundet als unsere Nachbarn, mit denen wir ein ähnliches Schicksal teilten. Der kommunistische Umsturz, die Verbrechen und die bedrückende Atmosphäre der 50er Jahre haben vielen das Rückgrat gebrochen. Die Lockerung der Verhältnisse sowie die ohne Prüfung des eigenen Gewissens den Reformbestrebungen des Prager Frühlings entgegengebrachten Hoffnungen haben nach dessen gewaltsamer Unterdrückung und zwei Jahrzehnten "Normalisierung" zur weiteren

Verminderung der moralischen Widerstandsfähigkeit geführt. Die traurige Feststellung, dass es auch nach Wiedererlangung der Freiheit im November 1989 nicht gelungen ist, den negativen Trend der Demoralisierung in unserer Nation aufzuhalten, hat uns dazu veranlasst, diesen letzten Wendepunkt unserer Geschichte eigens zu behandeln. Das geschieht im festen Glauben, dass nur die Rückkehr zu den wahren geistigen Grundlagen Anlass zur Hoffnung auf Befreiung aus dem Schwimmsand der moralischen Zerstörung gibt.

II. DIE GESCHEHNISSE VOM NOVEMBER 1989

6. Der wahre Herr der menschlichen Geschichte ist Gott in Jesus Christus

Der zeitliche Abstand ermöglicht, eine bessere Antwort auf die Fragen zu finden, welche sowohl die Gesellschaftswissenschaftler als auch die gewöhnlichen Bürger beschäftigen: was ist eigentlich geschehen, wie ist der Zerfall des sozialistischen Herrschaftssystems bei uns zu verstehen und wie lässt sich der Charakter dessen, was auch international als "Samtene Revolution" bekannt ist, erklären? Der Fall des Eisernen Vorhangs, der Zerfall des Ostblocks und der darauffolgende Prozess der Transformation und Einführung einer Marktwirtschaft im herkömmlichen Sinn gehören gewiss zu den Schlüsselereignissen des ausgehenden 20. Jahrhunderts. Es ist bemerkenswert, dass die Fachleute auf dem Gebiet der zuständigen Gesellschaftswissenschaften nicht imstande waren, dieses Geschehnis vorzusehen. Obwohl der Wettbewerb zwischen beiden Blöcken schon lange zeigte, wer siegen und wer unterliegen werde, überraschte die Geschwindigkeit und Gewaltlosigkeit der Veränderungen alle.

Wir sind überzeugt, dass auch dort, wo das Böse scheinbar lange Jahre dominiert hat, das letzte Wort und die Regie der Geschehnisse in Gottes Hand liegen. Die gläubigen Menschen interpretierten den Zerfall des Kommunismus gleich vom Beginn der umwälzenden Ereignisse an als göttlichen Eingriff in die menschliche Geschichte, als die Frucht vieler Opfer, des Märtyrertums und der Gefangenschaft vieler unschuldiger Menschen, Gläubiger sowie Ungläubiger, im Kerker.

Neben den materiellen Faktoren, die am Zerfall des sozialistischen Regimes mitbeteiligt waren – das Zurückbleiben des Ostblocks in ökonomischer und zivilisatorischer Hinsicht wurde von den 70er Jahren an immer deutlicher – weisen die Kirchen also mit Recht auch auf die moralischen und geistigen Faktoren hin, die den Fall der kommunistischen Herrschaft herbeiführten. Wir denken dabei an den moralischen Widerstand gegen alles Böse des vergangenen Regimes, den Menschen innerhalb sowie außerhalb der Kirchen bezeugten, in organisierten Oppositions- und Dissidentenbewegungen, bei kirchlichen Aktivitäten, Unterschriftenaktionen und Manifestationen bürgerlicher Tapferkeit (Charta 77, Obroda, Einfluss der Solidarnosc bei unseren nördlichen Nachbarn).

7. Danken wir Gott für den friedlichen Verlauf der umwälzenden Veränderungen

Der friedliche Verlauf der Geschehnisse hat bei uns den Weg zu einer freien Gesellschaft eröffnet, zur Wiederherstellung der rechtlichen und moralischen Ordnung, zu einem Wirtschaftssystem, das seinen Ursprung in der Entwicklung der europäischen und amerikanischen Zivilisation hat und das Ergebnis sorgsamer Pflege, Arbeit und systematischer Selbstreflexion, also jahrhundertelanger intellektueller und sittlicher Bemühungen darstellt.

So wie in der Vergangenheit ist auch beim Umbruch am Ende der 80er Jahre die Auffassung der Geschichte als Verschwörung nicht berechtigt. Wir sollten uns durch Vorstellungen dieser Art nicht irreführen lassen. Es ist das Kennzeichen eines bewussten Christen, dass er sich in der Festigkeit seines Glaubens nicht verunsichern lässt und darauf vertraut, dass Gott sein Werk auch mittels menschlicher Taten in Erfüllung gehen lässt.

8. Der enge Zusammenhang in rechtlicher und politischer Hinsicht mit dem vergangenen Herrschaftssystem war und ist eine Belastung

Die Regierung der nationalen Verständigung, die aus den Geschehnissen vom November 1989 hervorging, wählte den Weg der politischen und rechtlichen Kontinuität in bezug auf das ehemalige

Regime. Durch ein besonderes Gesetz betreffend die „Widerrechtlichkeit des kommunistischen Regimes“ wurde das vergangene System zwar für verbrecherisch erklärt, aber es wird fälschlich deduziert, dass die Akteure etwaiger Verbrechen nur aufgrund der Gesetze gerichtet werden können, die das kommunistische Regime geschaffen hat. Bekanntlich wurden in den 70er Jahren von einem internationalen Gremium wichtige Rechtsnormen geschaffen, die bürgerliche, politische und weitere Rechte betreffen. Aufgrund ihrer Ratifizierung in der damaligen Nationalversammlung wurden sie zu einer Komponente unserer Rechtsordnung. Dadurch wurden sie von der Sache her und aufgrund ihrer rechtlichen Legitimität den entsprechenden Bestimmungen unserer Gesetzgebung übergeordnet. Spricht man heute in diesem Zusammenhang von rechtlicher Kontinuität (1), so muss man davon ausgehen, dass zu einer bestimmten Zeit legitim Rechtsnormen in die damalige Rechtsordnung aufgenommen wurde, in deren Licht die Taten der Vertreter des ehemaligen Herrschaftssystems auch heute beurteilt werden können.

9. Ein Rechtsstaat kann kaum ohne guten Willen und Bereitschaft zur Vergangenheitsbewältigung entstehen

Die Veränderungen der wirtschaftspolitischen Systeme bedeuten immer auch eine Veränderung der gesellschaftlichen Strukturen, der Verfassungs- und Eigentumsrechte. Die christliche Soziallehre erkennt den Einfluss der gesellschaftlichen Strukturen auf das Handeln des Menschen an, betont jedoch, dass die Sünde primär eine individuelle Dimension besitzt. Es ist immer der einzelne, der sich für Gut oder Böse entscheidet. In der modernen komplizierten und stark institutionalisierten Gesellschaft schwindet freilich die Sensitivität des Gewissens, auch das Bewusstsein der persönlichen Schuld wird geschwächt und das Verantwortungsgefühl des Einzelmenschen verkümmert. Die christliche Soziallehre arbeitet mit dem Begriff "Strukturen des Bösen" oder "Strukturen der Sünde", in denen sich das individuelle Böse institutionalisieren kann. Die Ära des Realsozialismus hat zu dieser Erosion des moralischen Bewusstseins beigetragen, indem sie eine besondere, hierarchisch geordnete Struktur der politisch - ökonomischen Macht schuf, in der die persönliche Verantwortung schwand.

Das so funktionierende System ermöglichte den Menschen, dem Problem der individuellen Schuld und Verantwortung auszuweichen. Dazu kam es massenweise. Der mangelnde Wille der heutigen Politiker, die Deformationen der Rechtsverhältnisse und den vom kommunistischen Regime hinterlassenen moralischen Schaden zu beseitigen, lässt sich auch damit erklären, dass sich in unserem Staat zu viele Menschen auf die eine oder andere Art an den gesetzwidrigen Vorgängen beteiligten, sei es nun vorsätzlich, aus Opportunismus oder aus Angst. Deshalb strebt die Mehrheit des Volkes jenen sprichwörtlichen dicken Strich unter die Vergangenheit an. Der Versuch, mit einem „reinen Tisch“ zu beginnen, ohne Reflexion des eigenen Versagens, ist jedoch mit dem Risiko verbunden, dass es uns nicht gelingen wird, Gut und Böse klar voneinander zu scheiden, und die Beziehungen zwischen den Menschen und zwischen Staat und Bürger im Lichte der Wahrheit und Gerechtigkeit transparenter zu machen.

10. Die wahre Transformation kann sich nicht auf eine bloß äußerliche Umwandlung der Strukturen des Bösen beschränken

Eine Veränderung des Systems kann die Formen und Strukturen des Bösen nur transformieren. Nach dem November 1989 wurde zwar das politische und ideologische Monopol der kommunistischen Partei abgeschafft, die organisatorischen, überbetrieblichen und Verwaltungs-Strukturen des Realsozialismus wurden demontiert, aber gleichzeitig kam es zur Beiseiteschaffung eines Teils des Aktenmaterials der Staatssicherheit, zum Verwischen der Spuren. So entschlüpfen viele große Fische dem Netz des Lustrationsgesetzes. Die Gesetze konnten die erhebliche Überleitung der früheren machtpolitischen Vorteile und Privilegien, die sich auf die Partei-Nomenklatur gründeten, in die neuen Strukturen der ökonomischen Macht und in verbuchte Eigentumsrechte nicht verhindern.

In vielen Beziehungen steht uns die wahre Transformation noch bevor. Wir sind der Vergangenheit stärker verhaftet als wir uns zugestehen. Die wahre Umwandlung der Gesellschaft hat mehr Dimensionen als nur die Veränderung des Systems. Sie schließt auch die Umwandlung unserer Herzen, unseres Denkens, unserer Gewohnheiten

und Verhaltensweisen ein. Deshalb ist sowohl die Reform der Strukturen als auch die Besserung der Sitten unerlässlich. (2)

Es steht außer Zweifel, dass die Novembereghehnisse von 1989 einen sittlichen Gehalt hatten. Dieser war jedoch bei einem Großteil der Menschen bloß oberflächlich. Die Gesellschaft ist bald zur Betrachtung der Welt vom Gesichtspunkt der Stärke zurückgekehrt. Die entscheidende Rolle kommt wieder der politischen und der ökonomischen Macht zu und wenn es um das Erlangen der Macht geht, kann man sich vorgeblich nicht zu sehr mit dem Recht belasten. Diese Betrachtung der Welt halten wir für abwegig und vom Standpunkt der christlichen Soziallehre, zu der wir uns bekennen, für unannehmbar. Angesichts dieser Bedrohungen hat die Passivität der Kirchen, ihre Versenkung in die eigenen Probleme und das Übersehen der tieferen Ursachen des Verfalls zur Verschärfung der gesellschaftlichen Krise beigetragen.

III. DIE KONZEPTION DER TRANSFORMATION UND DIE CHRISTLICHE SOZIALLEHRE

11. Die moralische Dimension der Transformation wurde unterschätzt

Obwohl die moralische Dimension der Privatisierung und der Transformation gleich von Beginn der Veränderungen an, die nach dem November 1989 eintraten, unterschätzt und manchmal auch vorsätzlich bagatellisiert wurde, ist es gelungen, den moralischen Aspekt wenigstens teilweise in die Regeln und Verfahren der Privatisierung einzufügen. Davon zeugt beispielsweise das Restitutionsgesetz, freilich mit dem Vorbehalt, dass bei der Transformation der Landwirtschafts-genossenschaften die Rechte der berechtigten Personen vielerorts verletzt wurden. Im Laufe des letzten Jahrzehnts war kein politischer Wille zur Vollendung der Restitution des Eigentums der Kirchen und religiösen Gesellschaften sowie der Vereine und wirtschaftlichen Kooperativen vorhanden. Auch die Rechte der Emigranten blieben beschränkt. Dadurch wurde ein großes intellektuelles und ethisches Potential eliminiert, das für den ganzen Prozess der Transformation hätte ausgenutzt werden können. Erst in letzter Zeit wurden die

Restitutionsansprüche in Sachen des Eigentums der tschechischen Juden anerkannt, für deren überlebende Angehörige und Nachkommen in der Zeit von 1945 bis 1948 nichts zur Milderung des schrecklichen Unrechts getan worden war.

Die Kuponprivatisierung als Methode der unentgeltlichen Verteilung des Staatseigentums an die Bürger war und bleibt weiterhin eine Streitfrage der sachkundigen ökonomischen Kreise. Diskutiert wird vor allem die Frage, ob auf diese Weise am sichersten konkrete verantwortliche Besitzer gefunden werden können. Jedenfalls führte die anfänglich gleichmacherisch gerechte Konzeption zur Konzentration der wirtschaftlichen Macht, oft auf Kosten der kleinen Aktionäre, deren Eigentumsrechte nicht ausreichend geschützt wurden. Dadurch wurde die Idee, die anfänglich den Empfehlungen der christlichen Soziallehre scheinbar nahegestanden hatte, verwässert, ja nahezu zunichte gemacht. Auch der Direktverkauf und die öffentlichen Wettbewerbe, die aus den Krediten der halbstaatlichen Banken finanziert wurden, waren mit dem Risiko des Zusammenwachsens der politischen und ökonomischen Macht verbunden, besonders bei den großen Betrieben.

Das ursprüngliche Vorhaben, die sozialistischen Kolosse zu parzellieren und in die kleine Privatisierung einzubeziehen, wurde nicht verwirklicht. Auch fehlte es an Großzügigkeit und an Anreiz zur Beteiligung von Auslandskapital. Es kam weitgehend zu einer Verflechtung der durch gemeinsame Interessen miteinander verbundenen Strukturen in den Ministerien und in diesen großen Betrieben. Hingegen ist es bislang nicht gelungen, in größerem Maße mittlere, von verantwortungsvollen Eigentümern geleitete Unternehmen aufzubauen, die in den entwickelten Industriestaaten die Mehrzahl der Arbeitsplätze schaffen und den größten Teil des Bruttoinlandsproduktes erwirtschaften. Die Bindung von dauerhafter Prosperität an Forschung und Entwicklung wurde gänzlich unterschätzt. Die Folge davon ist der wirtschaftliche Zusammenbruch der Riesenunternehmen, die ständig neue Kapitalinjektionen auf Kosten der prosperierenden kleinen Unternehmer und der Steuerzahler benötigen.

Neben dieser ungerechten Umverteilung der Ressourcen, die ein Überbleibsel der früheren sozialistischen Wirtschaft darstellt, wächst auch die Arbeitslosigkeit und in zahlreichen Unternehmen dieser Art kommt es sogar zum unmoralischen Nichtauszahlen zustehender Arbeitslöhne.

12. Es ist nicht gelungen, eine feste Rechtsordnung zu schaffen, das Recht ist von der Moral getrennt

In letzter Zeit herrschte eine Art revolutionäre "Ethik", die ermöglichte, Aktiva der Staatsunternehmen listenreich in private Hände zu überführen, wofür erst später der Ausdruck "Tunnellieren" geprägt wurde. Verblüffend war der Umstand, dass die juristische Definition von illegalen Vermögenstransaktionen, die in zivilisierten Ländern als Diebstahl, Betrug oder Veruntreuung bezeichnet werden, unbemerkt verschwinden konnte. Es ist nicht gelungen, im Laufe der Transformation die vierzig Jahre dauernde Scheidung von Recht und Gerechtigkeit zu überwinden, das Recht ist weiterhin von der Ethik getrennt. Immer noch werden die Rahmenbedingungen häufig so festgelegt, dass sie die Ausübung von Recht und Gerechtigkeit in der Wirtschaft nicht gewährleisten, wobei es dahingestellt bleibe, ob dies auf mangelnde Fachkenntnisse oder Absicht zurückzuführen ist. Für unsere heutige Situation ist allgemeines Misstrauen gegen die Organe des eigenen Staates einschließlich der Justiz typisch. Der Verlust des Glaubens an Gerechtigkeit und an die Möglichkeit, den Schutz der eigenen Rechte durchzusetzen, ist beunruhigend. Die Bestrebungen der beiden letzten Regierungen, diese gravierenden Umstände zu beseitigen, kann nicht übersehen werden, diese Bemühungen stoßen jedoch immer auf den verborgenen oder auch offenen Widerstand von Interessengruppen, die das Recht weiterhin zum eigenen Nutzen manipulieren möchten.

13. Die altneue Bevormundung durch den Staat und die altneuen Strukturen des Bösen

Eines der Ergebnisse des tschechischen Weges zur Umwandlung der Eigentumsverhältnisse ist die Entstehung des Quasiprivatigentums. Es geht hierbei um formell entstaatlichtes Eigentum, auf das der Staat jedoch weiterhin einen entscheidenden Einfluss ausübt, wenn sich das auch manchmal durch passives Dulden der "wilden" Privatisierung äußert. Das „Quasiprivatigentum“ lässt nicht in die Verträge mit den Managern und ihre Gehälter eingreifen, wälzt jedoch weiterhin die Folgen der Misswirtschaft auf den Staat und damit auf die Steuerzahler ab. Die so entstandenen Mißstände sind nichts völlig Neues, vielmehr ist es zu einer Umgruppierung alter, vom

Realsozialismus übernommener Zustände gekommen. Diese Form von „Eigentum“ ist institutionell kompliziert, undurchsichtig und (deshalb) nicht leistungsfähig. Gerade in dieser Form haben sich die gesellschaftlichen Strukturen des Bösen der Vergangenheit am markantesten erhalten. Das Aufrechterhalten dieser altneuen Formen des staatlichen Paternalismus ermöglicht weiterhin eine Umverteilung der Ressourcen auf Kosten der Schwächeren und Wehrlosen und stellt häufig nur eine weniger deutliche Nachfolge- Form der Ausbeutung aus der Zeit des Realsozialismus dar. Die Affären der Banken und Großunternehmen von diesem Typ werden auch von den Laien lebhaft diskutiert.

14. Auch die neue Form der materialistischen Philosophie ist irrig

Es besteht eine charakteristische Ähnlichkeit zwischen der marxistisch-leninistischen Ideologie der einstigen Übergangsperiode beim „Aufbau des Sozialismus“ und der extremen Form der liberalen Ideologie im Prozess der Veränderungen nach 1989. Die normalen ethischen Prinzipien werden beiseite geschoben, die vorgebliche künftige Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit wird der Moral gegenübergestellt. Es kann nicht oft genug betont werden, dass es schon in den Prämissen um eine irriige Auffassung geht: die Institutionen ohne moralische Grundlagen funktionieren schlecht, der erhoffte Effekt der Privatisierung hat sich nicht eingestellt. Für den falsch verstandenen extremen Liberalismus hatte – um die ehemalige Terminologie zu verwenden – die materielle „Basis“ wieder den Vorrang vor dem "Überbau". In diesem Sinne wurden diese altneuen Irrtümer auch treffend als "verkehrter Marxismus" charakterisiert. Skrupellose Menschen kamen zu Chancen, die in moralischer Hinsicht an manche der einstigen Nationalverwalter und an die kommunistischen Enteigner aus der Zeit vor einem halben Jahrhundert erinnerten. In diesem Sinne bedeutete das eine Rückkehr des Geistes der Rebellion gegen die traditionelle Moral. Die profanierte Form des historischen Materialismus vom marxistischen Typ wurde von einer neuen Abart des Materialismus ersetzt, diesmal in Gestalt des extremen Liberalismus. Allerdings hat der schizophrene Charakter dieser Ideologie bewirkt, dass die liberalen Prinzipien bei zahlreichen politischen Maßnahmen gar nicht angewendet

wurden (Privatisierungsweise, Umgang mit dem Überschuss des Staatshaushalts, Sozialpolitik, Lohn- und Preisregulierung...).

15. Der fundamentalistische Liberalismus ist zu einem Religionsersatz geworden

Die lange Unterdrückung der bürgerlichen und politischen Freiheit, das mehr als vier Jahrzehnte dauernde Verbot, sich unternehmerisch zu betätigen und die plötzlich ermöglichte Privatinitiative haben den Boden für einen extremen Individualismus bereitet. Er wurde von der angelsächsischen (amerikanischen) Welt inspiriert, es fehlte ihm jedoch die dortige geistige und kulturelle Verankerung der praktischen Moral in Wirtschaft und Politik sowie die strikte Einhaltung der Gesetze. Die materialistische Denkweise eines großen Teils der Bevölkerung und eine Mentalität, die den größtmöglichen Verbrauch und das Anhäufen von Besitz zum Idol erhebt, haben die Vorbedingungen für einen von neuem auftauchenden falschen sozialen Messianismus geschaffen. Dieser unterstützte übertriebene Aspirationen und verhieß "diesmal wirklich" die Schaffung eines "Paradieses auf Erden". Viele wenig charakterfeste Menschen von geringer moralischer Integrität haben die Ideologie des marktwirtschaftlichen Fundamentalismus als eine Art persönliche Ersatzreligion angenommen. Die Identifizierung mit zweifelhaften Werten, wie etwa das Anhäufen von Besitz und das Zusammenraffen von Geld als universalem Mittel zur Verwirklichung einer ausschließlich auf Konsum gerichteten Lebensweise hat die Götzen dieser Ersatzreligion geschaffen. Einen Anteil an dieser Verführung haben mangelhafte Bildung und mangelnde ethische Erziehung, unzulängliche berufliche Ausbildung sowie das Fehlen von Respekt vor anderen Ansichten und ihrer rationalen Reflexion in den Medien, und in der Öffentlichkeit überhaupt.

Diesen Götzendienst lehnt die christliche Soziallehre ab. Er ist gefährlich, weil er die Achtung vor der menschlichen Würde schwächt, denn er beraubt das menschliche Leben seines tieferen Sinnes und bedroht letztendlich auch das ewige Heil.

16. Die eigenmächtigen Eigentumsverschiebungen ohne feste rechtliche Rahmenbedingungen müssen ein Ende nehmen

Die Konzentration der ökonomischen Macht ist mit Hilfe von Methoden zustande gekommen, die von den in einem Rechtsstaat üblichen Spielregeln weit entfernt sind und so eine Fortsetzung desinstitutionalisierten Bösen der früheren Ordnung darstellen. Diese Macht droht über die formellen Institutionen der politischen Demokratie gestellt zu werden. Die eigenmächtigen Eigentumsverschiebungen ohne feste rechtliche Rahmenbedingungen müssen ein Ende nehmen. Eine wahre Transformation ist ohne geistige Umwandlung undenkbar. Darauf weist auch das geistige Erbe hin, das uns die größten Gestalten unserer jüngeren Vergangenheit, Havlíček, Palacký und Masaryk hinterlassen haben.

Nur Privateigentum, das die Rechtsordnung als Rahmen für das Erzielen von Gewinn, das Schaffen von Werten und den daraus resultierenden Wohlstand respektiert, das soziale Verantwortung und Solidarität zeigt, wird von den Menschen akzeptiert und als legitim betrachtet werden. Nur ein solches Privateigentum ist imstande, für wirkliches Unternehmertum, Kreativität und das Entfalten des Talents der Menschen sowie für die so notwendige Modernisierung unserer Wirtschaft Raum zu schaffen. Die bislang überwiegende negative Wertung von "Privateigentum als Diebstahl" (Proudhon) muss einer radikalen Wandlung unterzogen werden, wenn die ökonomische Transformation erfolgreich beendet werden soll. Eigentum bedeutet Verantwortung, Eigentum ist Dienst, das Eigentum wurde uns verantwortlich anvertraut.

Das Bestreben nach Besserung, die Bemühungen um Annäherung an einen wahren Rechtsstaat müssen gewürdigt werden. Alles weist jedoch darauf hin, dass der Kampf um die Verdrängung der Strukturen des Bösen, die weiterhin ein Hemmschuh für die Herrschaft des Gesetzes bleiben, noch nicht beendet ist.

17. Die Kirchen treten für ein rechtlich und sittlich geordnetes sozial – ökonomisches System ein

Die vorstehende kritische Betrachtung des bisherigen Wegs der tschechischen Transformation zeigt, dass ihre größte Schwäche neben dem Fehlen von moralischen Prinzipien die mangelnde Bereitschaft war,

die rechtlichen Rahmenbedingungen der Wirtschaft einzuhalten. Die Rolle der Bürgertugenden in Politik und Wirtschaft wurde unterschätzt. Von den bisher verwirklichten Systemen kommt die Konzeption der sozialen Marktwirtschaft der christlichen Soziallehre am nächsten. Es ist kein Zufall, dass sich die schärfste Kritik unserer extremen Liberalen gerade gegen diese Auffassung richtet. Wir sind uns voll bewusst, dass auch die Institutionen der sozialen Marktwirtschaft nicht vollkommen und unveränderlich sind und dass die heutige Welt auch dort, wo die sozialen marktwirtschaftlichen Prinzipien (der sog. Ordo-Liberalismus, also ein Liberalismus, der die soziale Ordnung betont) verwirklicht wurden, dringlicher Reformen bedarf und das auch in den Staaten, in denen es zur bisher besten Verbindung einer leistungsfähigen Wirtschaft mit sozialen Aspekten gekommen ist.

Vom Realsozialismus haben wir einen Staat übernommen, der immer noch zu viele Befugnisse besitzt. Es ist auch schädlich, wenn sich die Bürger allzu sehr auf den Staat verlassen. Unser heutiger Staat ist schwach und unfähig, Recht und Gerechtigkeit zu garantieren. Wir halten es aber für notwendig zu betonen, dass die extremen Ideologien, die den Staat als Übel betrachten, äußerst gefährlich sind. Bei uns geht es um die Ideologie des rechtsgerichteten Anarchismus, für den der Staat schon an sich ein Übel ist. Er erklärt sich zwar für liberal, ist aber ebenso gefährlich, wie die extremen politischen Strömungen, welche die Wiederkehr des paternalistischen Versorgungsstaates, die Wiederkehr der alten Ordnung herbeisehnen. Die Ideologie eines "Kapitalismus ohne Attribute" hat ihre Schädlichkeit bewiesen und bewirkt, dass der tschechische postsozialistische Kapitalismus sowohl von den eigenen Bürgern als auch den ausländischen Analytikern mit wenig schmeichelhaften Ausdrücken bezeichnet wird.

18. Eine Gesellschaft, die das Gemeinwohl nicht respektiert, ist krank

Als Folge des Unterdrückens der individuellen Initiative, Kreativität und Unternehmungslust der einzelnen Personen im früheren Regime, sowie des übertriebenen, ständig wachsenden Bestrebens des Staates, alle Entscheidungen im Rahmen des sogenannten gesamtgesellschaftlichen Eigentums an sich zu reißen, sind wir nach 1989 Zeugen des entgegengesetzten Extremis. Heute wird einseitig die

individuelle Freiheit betont, die an keine Verantwortung gebunden sein will. Das Verständnis für die Bedürfnisse des Gemeinwohls ("bonum commune") schwindet gänzlich. Dabei handelt es sich um einen Grundstein, auf den schon die ältesten Kirchenväter Nachdruck gelegt haben und der die europäische Zivilisation zu dem gemacht hat, was sie heute ist. Es geht hier um gefährliche Ansichten extremer Libertins, die den Menschen als isoliertes Wesen betrachten, das in extrem aufgefasster Freiheit selbstsüchtig nur sein eingeschränktes persönliches Ziel verfolgt. Eine gesunde Gesellschaft benötigt jedoch einen möglichst breiten Konsens in der Frage, worin das Gemeinwohl besteht. Es ist kein Zufall, dass der soziale Hirtenbrief der Bischöfe von England und Wales den Namen „Gemeinwohl“ ("Common Good") trägt. Der Ausdruck „Gemeinwohl“ (bonum commune) bezeichnet ein breites Spektrum von "Wohl", das, wie wir hoffen, bei allen Bürgern Anklang finden wird. Es geht um persönliche Sicherheit, die innere und äußere Sicherheit des Staates, das Respektieren der Menschen- und Bürgerrechte, die einen demokratischen Rechtsstaat charakterisieren, um die auf das Gedeihen der ganzen Gesellschaft gerichtete gemeinschaftliche Zusammenarbeit der Bürger und ein wirksames soziales Netz, das sozial schwache Bürger unterstützt. Gemeinwohl kann auch als Summe der gesellschaftlichen Bedingungen ausgedrückt werden, die jedem Menschen ermöglichen, sich zur Geltung zu bringen und seine Fähigkeiten auf wirtschaftlichem, politischem und kulturellem Gebiet zu entfalten.

IV. EINE SYSTEMVERÄNDERUNG: DER MARKT ALS ALLHEILMITTEL UND DER MARKT ALS RETTUNG?

19. Die Transformation ist eine ganzheitliche Aufgabe mit mehreren Dimensionen

Zu den wesentlichen Komponenten der gesellschaftlichen Transformation gehört eine Systemveränderung. Die Transformation nach dem Umbruch bedeutet die Umwandlung einer wirtschaftlich-politischen Ordnung, des Realsozialismus, in eine andere, die kapitalistische Marktwirtschaft und die parlamentarische Demokratie.

Diese Aufgabe ist jedoch nicht eindimensional. Es gehört zu den Mängeln der bisherigen Transformation, dass bislang die ökonomische Dimension der gesellschaftlichen Umstrukturierung einseitig hervorgehoben worden ist, während man die anderen Dimensionen unterschätzt hat. Die Transformation muss als ganzheitliche zivilisatorische Umwandlung und Umgestaltung aufgefasst werden, welche die Kultivierung der rechtlichen und moralischen Ordnung, die Schaffung einer Bürgergesellschaft, die Modernisierung der Wirtschaft und der staatlichen und öffentlichen Verwaltung und nicht zuletzt die kulturelle und geistige Dimension des gesellschaftlichen Lebens, die Visionen, Hoffnungen und Ideale einschließt. Ohne diese Dimension leidet, kränkelt und verkommt die Gesellschaft.

20. Die ökonomischen Werte dürfen nicht das höchste Ziel darstellen

Das Bestreben, die Veränderungen ausschließlich auf die ökonomische Dimension zu beschränken, bedeutet einen Mangel an Verständnis für das Ziel der Transformation, ja sogar eine Missachtung der Werte, mit denen die Marktwirtschaft steht und fällt. Wir haben uns übrigens schon davon überzeugen können, dass einseitiger Ökonomismus letztendlich auch für die Prosperität schädlich ist. Wohlstand im materiellen Sinn des Wortes ist eher das, was uns zusätzlich gegeben wird, wenn wir uns an die moralischen Prinzipien halten, die uns für alle Bereiche des Lebens als gute Orientierung gegeben wurden. Es ist die Pflicht der Kirchen, ständig mit den Politikern und Unternehmern im Gespräch zu bleiben und ihnen in fruchtbarem Wettbewerb mit anderen Ansichten die ethischen Werte aus dem Schatz der eigenen zweitausendjährigen Erfahrung zu vermitteln.

21. Der Markt kann nur in einem ethischen Umfeld gut funktionieren und dieses kann er selbst nicht schaffen

Die kapitalistische Marktwirtschaft ist durch Evolution in der kulturellen und geistigen Sphäre des christlichen Europa und der Neuen Welt entstanden. Aus der Geschichte gibt es zahlreiche Beweise dafür, dass der Markt nur in einem sittlichen Umfeld effektiv funktioniert, dort, wo wenigstens elementare Gerechtigkeit und Ehrlichkeit herrschen, wo

ein grundlegendes gesellschaftliches Einverständnis in der Frage von Gut und Böse sowie von der Natur des Menschen und seinem Platz in der Gesellschaft vorhanden ist. Die Marktteilnehmer sollten im Idealfall fair, aufrichtig und ehrlich sein, die menschliche Würde ihrer Partner respektieren und sich an feste moralische Normen halten. Als goldene Regel für die gegenseitigen Beziehungen der Menschen in Wirtschaft und Politik sowie in der Gesellschaft überhaupt sollte Jesu ethische Maxime "Was du willst, dass andere dir tun, das tu auch du ihnen" gelten. Nur so entsteht ein gesellschaftliches Klima des gegenseitigen Vertrauens, von dem das Funktionieren besonders der Finanzmärkte und -institutionen weitgehend abhängig ist.

Obwohl es stimmt, dass die Marktteilnehmer den Geist der Zusammenarbeit auch aus ihren gegenseitigen Beziehungen lernen können, müssen sie doch bestimmte sittliche Grundsätze und Bürgertugenden, ohne die der Markt – ähnlich wie die politische Demokratie – nicht richtig funktioniert, als Voraussetzung mitbringen. Elementaren Anstand und Moral müssen den Menschen von Kindheit an die Familie, Schule, Kirchen und religiöse Gemeinschaften sowie Bürgerverbände, Vereine und Klubs lehren. Die Unterbrechung der Tradition stellt für diese wirklich wichtigsten Aufgaben unserer Zeit eine große Beeinträchtigung dar.

Die Gesamtheit der bürgerlichen Tugenden, Grundsätze und praktischen Moral bildet das sog. "Soziale Kapital". Die Ursache für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in unserem Staat sowie in den anderen osteuropäischen Ländern sehen auch die internationalen Finanzexperten im Zerfall dieses sozialen Kapitals unter dem Einfluss der marxistischen Ideologie und Praxis.

22. Eine Voraussetzung für das Funktionieren des Marktes ist der Wettbewerb und den soll der Staat schützen

Neben den oben erwähnten Mängeln war die überkommene sozialistische Wirtschaftsstruktur fast vollkommen kartelliert und monopolisiert. Es fehlten deshalb alle Voraussetzungen für das Funktionieren der Konkurrenz. Die Privatisierung allein genügt nicht, um Effizienz zu gewährleisten. Ohne Wettbewerb und wirksame Regulierung kann sie den gewünschten Effekt nicht erreichen, solange die Marktsubjekte in Monopolposition sind (manchmal nur aufgrund des

Charakters der Ware oder Dienstleistung). Ohne gleichzeitige Erfüllung beider Bedingungen – des Wettbewerbs und der entsprechenden Regulierung – verfehlt die Privatisierung ihre Wirkung. Die privaten, nicht regulierten Monopole können sogar noch mehr Arroganz an den Tag legen als die früheren staatlich gelenkten. Der Wettbewerb muss geschützt, unterstützt und kultiviert werden. Wird der Markt sich selbst überlassen, neigt er zur Beseitigung der Konkurrenz. Das gilt besonders dort, wo er mit vielen aus der Vergangenheit übernommenen Mängeln behaftet ist. Wir müssen auch lernen, wie die technischen Monopole und die Monopole der Netze zu regulieren sind. Jede Ideologisierung dieser komplizierten Probleme in Form von vereinfachten Formeln, denenzufolge Privateigentum von der Sache her leistungsfähiger ist als Staatseigentum, ist theoretisch verfehlt und kann die Gesellschaft um riesige vergeudete Mittel bringen.

23. Die Umstrukturierung der alten Wirtschaftssektoren kann ohne Beteiligung des Staates nicht durchgeführt werden, der Markt allein genügt nicht

Der Zerfall der früheren Ostblockmärkte hat die Notwendigkeit einer Umstrukturierung der historisch "alten" Wirtschaftssektoren, wie Kohlenförderung, Erzgewinnung, Energiewirtschaft, Hüttenwesen und Stahlindustrie, Schwermaschinenbau und Rüstungsindustrie nur beschleunigt. Die hohe Kapitalintensität dieser Wirtschaftssektoren und die lange Rückflussdauer der Investitionen, das hohe Risiko der Unternehmer und die Auswirkung auf den regional bedingten Beschäftigungsgrad, all das macht den Staat (die Regierung) zur Geisel dieser Wirtschaftssektoren. Das gilt auf jeden Fall, ob sie sich in Staats- oder formalem Privatbesitz befinden, ja sogar dann, wenn es gelingt, ausländische strategische Investoren für die Lösung dieser Probleme zu gewinnen. Infolge des Charakters dieses Problems, dessen Lösung nach nüchterner Schätzung noch zwei Jahrzehnte dauern dürfte, kann sich der Markt in diesen Wirtschaftssektoren nicht selbst helfen. Daran kann keine Ideologie und Politik etwas ändern, sie ist nur ein Versuch, die Interessen der lobbyistischen Gruppen zu verschleiern, die die Situation für moralisches Hasard und Erpressung des Staates ausnützen. Die Kosten müssen dann wir alle als Steuerzahler tragen.

24. Zahlreiche Wirtschaftssektoren lassen sich in Anbetracht ihres Charakters nicht bloß auf das Spiel von Angebot und Nachfrage reduzieren

Zahlreiche Wirtschaftssektoren, ohne welche die moderne Gesellschaft an der Wende zum neuen Jahrtausend unvorstellbar ist, gehören ihrem Charakter nach zu den Bereichen, in denen eine Reduktion auf den Mechanismus von Angebot und Nachfrage nicht ausreicht und sogar eine Gefahr für die Gesellschaft darstellen kann. Wissenschaft, Kultur, Schulwesen, Sozialleistungen, Gesundheitswesen, aber auch der Eisenbahn- und Straßenverkehr kommen zwar ohne Kalkulationen, Voranschläge sowie Quantifizierung von Angebot und Nachfrage nicht aus, aber ökonomische Gesichtspunkte allein reichen hier nicht aus. Die Annahme, dass auch für diese Sektoren Privatisierung und die autonomen Kräfte des Marktes die einzige heilbringende Lösung darstellen, bedeutet eine extreme Vereinfachung. Es müssen Mittel und Wege zur Finanzierung adäquater Segmente der Forschung und Entwicklung, sowie zu ihrer Eingliederung in die tschechische Wirtschaft gesucht werden, denn sie gehören zu den wichtigsten Quellen künftiger Prosperität. Der Markt allein führt nämlich diesen Bereichen in der Regel nicht die nötigen Geldmittel zu und ein Zurückbleiben gerade auf diesem Gebiet kann das Gemeinwohl ernstlich gefährden.

Es ist kein Zufall, dass man auch in Ländern, die sich als erste mit Deregulierung und Privatisierung befassten, lange mit dem Einbeziehen dieser Sektoren in die Privatisierungsvorhaben zögerte und sofern dies mit Verspätung doch geschah, werden die Ergebnisse durchaus nicht eindeutig positiv gewertet. Es kann daher mit großer Bestimmtheit behauptet werden, dass in einem Land, das vor einer Entstaatlichung ohne Präzedenz stand, von dessen Ausmaß sich die westeuropäischen Länder gar keine Vorstellung machen konnten, eine frontale, möglichst rasche Privatisierung auch dieser Bereiche einen strategischen Fehler bedeutete. Eine grundsätzliche Systemveränderung wurde hier nicht erreicht und konnte auch nicht erreicht werden, aber die Destabilisierung dieser in sozialer Hinsicht besonders verletzlichen Bereiche ist ein gesellschaftlicher Verlust, der bei besser überlegtem und weniger ideologisch bedingtem Vorgehen bedeutend geringer gewesen wäre. Es muss die Unterstützung verschiedener Aktivitäten erwogen werden, die zur Belebung und zum Wachstum dieser finanzschwachen Sektoren

führen können, unter Beteiligung anderer als staatlicher Ressourcen, z.B. Sozialleistungen, oder von der Regierung unabhängige gemeinnützige Organisationen. Unverzichtbar ist die Rolle der Kirchen mit den ihnen angeschlossenen Institutionen. Eine vereinfachte Anwendung von marktwirtschaftlichen Prinzipien und Privatisierung war und ist keine vernünftige Lösung.

V. STAAT UND BÜRGERGESELLSCHAFT: ERNEUERUNG DER RECHTSORDNUNG UND ENTWICKLUNG ZU VERANTWORTUNGSVOLLEM BÜRGERLICHEN BEWUSSTSEIN

25. Das Weiterbestehen des deformierten Rechtssystems des abgelösten Regimes ist ein Hindernis für den Rechtsstaat

Die Rechtsordnungen der modernen Gesellschaften enthalten Hunderte, ja Tausende von Normen. Es wurde schon erwähnt, dass die Fortdauer einer Rechtsordnung, deren Grundlage Enteignung und Klassenhass waren, in moralischer Hinsicht äußerst problematisch ist. Eine Folge des mangelnden Willens, sich in Politik und Justiz mit der Vergangenheit auseinander zu setzen, ist die Missachtung des Rechts, die im ganzen Volk überhand nimmt. Nicht selten kommt es auch zu neuem widerrechtlichem und ungerechtem Vorgehen (3). Diese fehlerhafte Beziehung zu Recht und Gerechtigkeit betrachten wir als eine der Hauptursachen für die enorme Zunahme der Kriminalität in Wirtschaft und Finanzwesen in den 90er Jahren.

26. Der Buchstabe des Gesetzes allein tötet. Das Naturrecht muss wieder in seine Rechte eingesetzt werden

In der Justiz des früheren Regimes herrschte eine völlig formelle Auffassung des geschriebenen und geltenden Rechts. (In der juristischen Terminologie geht es um das sog. "Positive Recht", was jedoch keine positive Wertung bedeutet!) Der Buchstabe des Gesetzes und seine Zweckauslegung war allgewaltig. Den Generationen der in diesem Geiste erzogenen Juristen ist jedes Verständnis für das Naturrecht abhanden gekommen. Die Gesetzgeber und die Richter haben die

Fähigkeit verloren, allgemein ethische und rechts-ethische Prinzipien selbständig auf die aktuellen Streitverfahren anzuwenden.

Nach dem November 1989, als die Gesetzgeber vor der Aufgabe standen, in kurzer Zeit eine Änderung der ganzen Rechtsordnung vorzubereiten, hat sich dieser überkommene Zustand als Schwäche erwiesen. Die Richter sollten auch nicht selten Rechtsfälle beurteilen, mit denen sich das "positive Recht" gar nicht befasst und deren ökonomische Grundlage sie nicht begreifen. Schließlich hat sich in dieser Zeit bestätigt, dass die Androhung von Strafmaßnahmen des "positiven Rechts" dort, wo das Verständnis für das Naturrecht fehlt, nicht abschreckend wirken. Dieses zieht nämlich in Betracht, dass sich die Rechtsnormen auf Traditionen und Prinzipien stützen, die das bloße Interesse des Staates, seine Macht zu behaupten und seine operativen Ziele zu verfolgen, überschreiten.

Es ist also notwendig, sich für die Rückkehr des Naturrechts in die juristische Theorie und Praxis einzusetzen, damit die Lücke, die zwischen dem Buchstaben des Gesetzes und seinem Geist klafft, und die Mängel unseres "positiven Rechtes" verursacht, zu beseitigen.

27. Die Änderung der Gesetze allein genügt nicht, um die Legitimität der Rechtsordnung zu verbürgen – unerzwingbares Recht führt zu Unrecht

In den Jahren der Verabschiedung einer Vielzahl von Gesetzen hat man gleichsam vergessen, dass das, was *legal* ist, nicht *legitim* sein muss. Legitimität des Rechts erfordert nämlich auch seine Übereinstimmung mit dem natürlichen Rechtsempfinden, der heimischen Tradition und den international anerkannten Gewohnheiten, also mit der allgemeinen und der Rechts-Ethik. Der übliche "Legalismus", besonders in der positivistischen Auffassung, hält nur das für gut und der Norm entsprechend, was im positiven, geschriebenen und geltenden Recht enthalten ist. Legalität verbürgt jedoch keineswegs Gemeinwohl, Recht und Gerechtigkeit. Die christliche Soziallehre betont die ethische Seite der politischen und rechtlichen Veränderungen.

Es gab zu wenig Zeit, um diese ethisch-rechtlichen Probleme in das Konzept der Transformation aufzunehmen, deren vorrangiges Anliegen eine möglichst rasche Durchführung der institutionellen Umwandlungen war. Das ständige Zurückbleiben des Rechts hinter den ökonomischen

Veränderungen, der "Orkan" Hunderter von legislativen Initiativen, in Eile verhandelte und genehmigte Gesetze und ihre zahlreichen Zusätze, Gesetzesnovellen der Gesetzesnovellen, all das war kaum geeignet, die Legitimität des Rechts in unserem Land zu fördern. Ganz im Gegenteil, je mehr die Zahl der Abänderungen anwuchs, umso stärker wurde das Gefühl, man befinde sich in einem Zustand der Rechtlosigkeit. Der rasche Zerfall der organisatorischen Strukturen der überkommenen sozialistischen Ökonomie führte zum jähen Anstieg der Zahl von Eingaben in ökonomischen Streitsachen, die Registratur der in Eile entstaatlichten und neu gegründeten Unternehmen verursachte eine Überlastung der Handels- und Registergerichte. Die Geschwindigkeit der institutionellen Veränderungen hat sich negativ ausgewirkt. Die Möglichkeit, das Recht zu erzwingen und einzufordern hat sich verringert, die Gerichtsverfahren werden verschleppt. Dadurch hat die Legitimität des Rechts noch weiter gelitten, das Gefühl, es sei unmöglich, sein Recht und die Gerechtigkeit durchzusetzen, wird immer stärker. Der Widerspruch zwischen "legal" und "legitim" hat ein besorgniserregendes Ausmaß angenommen.

Die Rechtsordnung muss in den Augen der Bürger so rehabilitiert werden, dass die gerichtlichen Entscheidungen mit dem natürlichen Gerechtigkeitsgefühl in Einklang gebracht werden (wiewohl wir uns der gesunkenen Sensibilität auch auf diesem Gebiet bewusst sind) und nicht im Widerspruch zum gesunden Menschenverstand stehen. Die Bedeutung der richterlichen Gewalt für den Bürger beruht nicht bloß auf der formellen Einhaltung der Prozessordnung, fachgerechtes Verhalten der Judikative ist nicht gleichbedeutend mit formalistischem Manierismus. Ethos in das Rechtswesen zu bringen, ist eine vorrangige Aufgabe.

28. Gleichheit vor dem Gesetz ist eine Vorbedingung der Ordnung

Die Mängel des Justizsystems führen zu langen Wartezeiten bei der Registratur neuer Gesellschaften, der Beschlüsse von Vollversammlungen, der Entscheidung von Handelsstreitfällen sowie von Konkursanträgen. Ein solcher Zustand, begleitet von einem geschwächten Rechtsempfinden im Sinne des Naturrechts, schafft das Umfeld für das Überhandnehmen von Korruption. Die Unabhängigkeit der Richter, noch verstärkt durch die Unmöglichkeit sie abzuberufen,

kann dann in eigenmächtiges und willkürliches Handeln übergehen. So wie die Stabilität der parlamentarischen Demokratie und der Bürgergesellschaft von der Gleichheit aller auf den "politischen Märkten" abhängig sind, steht und fällt auch das Funktionieren der Wirtschaft mit der Gleichheit der Marktteilnehmer vor dem Gesetz. Die oben beschriebene Situation bildet den Ausgangspunkt dafür, dass nur die "Starken", die an der ökonomischen und politischen Macht Beteiligten Aussicht haben, ihr Recht durchzusetzen. Klientelismus oder gar Mafia-Praktiken sind mit einem Rechtsstaat und mit politischer Demokratie unvereinbar. Die christliche Soziallehre muss ernstlich warnen: eine Gesellschaft, die sich auf einem solchen Irrweg befindet, ist nicht imstande, eine funktionierende politische und Rechtsordnung zu schaffen und wird ökonomischen und sozialen Krisen nicht ausweichen können.

29. Das Anliegen der Legislative muss Gerechtigkeit sein

In einer modernen Gesellschaft, besonders wenn sie aus sozialistischen Verhältnissen hervorgegangen ist, existieren starke Interessengruppen. Diese sind daran interessiert, dass ihre partikularen Interessen in die neu geschaffenen Gesetze aufgenommen werden. Die ökonomische Macht beeinflusst die politische durch Praktiken, die legitim sein können, aber auch durch solche, die eine Bedrohung für die Existenz der parlamentarischen Demokratie, sowie für die Schaffung von auf den Prinzipien des Gemeinwohls beruhenden Rahmenbedingungen für die Wirtschaft darstellen. Die mit der "großen" Privatisierung einschließlich der Kuponprivatisierung verbundene Gesetzgebung, die für das Funktionieren der Investment-Privatisierungsfonds geltenden Bestimmungen, die Formulierung des Wertpapiergesetzes und die ganze mit der Regelung des sich entwickelnden Kapitalmarkts befasste Legislatur überhaupt wurden weitgehend von den erwähnten Gruppen beeinflusst. Die kleinen Minderheitsaktionäre waren nicht ausreichend geschützt und das Gesetz ließ (unabsichtlich oder vorsätzlich?) unregulierten Raum für Eigentumskonzentration und Kapitalakkumulation. Um die rasche Anhäufung des Eigentums der einen zu ermöglichen, wurde der Besitz und die Verteidigungsmöglichkeiten der anderen, schwächeren, nicht ausreichend geschützt werden. Ähnliche, noch schwärzere Hypothesen

wurden in Zusammenhang mit der Formulierung mancher Steuergesetze ausgesprochen. Ein Staat, der zulässt, dass die Rechtsbestimmungen eher den Profit einzelner Gruppen unterstützen als das Gemeinwohl und das Gedeihen des Landes, macht aus der Gesetzgebung, der es um Gerechtigkeit gehen muß, eine neue Form der klassenmäßigen Rechtsauffassung, mit der wir traurige Erfahrungen gemacht haben. Richter, die sich in einer solchen Situation nur an die formelle Wahrheit halten, verlieren den Sinn für Objektivität, für echte Wahrheit und Gerechtigkeit. Dadurch verstoßen sie gegen ihre eigentliche Sendung. Wir betrachten eine Besserung der Situation in diesem Bereich als erstrangige Aufgabe, besonders angesichts der Bestrebungen unserer politischen Führung, baldmöglichst der EU beizutreten.

30. Der überkommene Versorgungsstaat ist ein unvollkommener Ersatz der Bürgergesellschaft

Der Versorgungsstaat des Realsozialismus schrieb dem Bürger mit besonderer "väterlicher" Sorge autoritativ vor, was er tun sollte, wie er sich zu verhalten habe und an was er glauben müsse. Gleichzeitig sorgte er in materieller und psychischer Hinsicht für ihn, sozusagen von der Wiege bis zum Grab. Der paternalistische Staat nahm Aufgaben an sich, die ihm nicht zustehen und die er in Berücksichtigung seines Charakters auch gar nicht imstande ist, richtig zu erfüllen. Trotzdem kann man auch heute beobachten, dass sich der Bürger auf die Hilfe des Staates verlässt und das auch in Fällen, wo er sich allein helfen sollte und könnte. Oft macht es ihm sogar nichts aus, dass er mit diesem Verhalten auf seine Würde und die freie Entwicklung seiner Fähigkeiten, Möglichkeiten und Begabungen verzichtet. In extremen Fällen geht es um ein fast asoziales Verhalten: manche Bürger missbrauchen das Sozialsystem und schädigen ihre Mitbürger durch das Vergeuden von Mitteln des Staatshaushaltes.

Mit einem Wort: wir haben noch nicht gelernt, zwischen dem Staat mit seinen unersetzlichen Funktionen und der Gesellschaft oder besser der Bürgergesellschaft klar zu unterscheiden. Die christliche Soziallehre unterstützt aus allen Kräften die Entstehung, Entfaltung und Kultivierung aller nichtstaatlichen öffentlich-rechtlichen Organisationen und Verbände, so der Gemeinden, Städte, höheren territorialen Einheiten, öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen

gesellschaftlichen Organisationen. Zu ihnen gehören Vereine, Körperschaften, Stiftungen, nicht auf Gewinn gerichtete und gemeinnützige Gesellschaften, humanitären Zielen dienende Vereinigungen und andere Interessengruppen. Alle diese nichtstaatlichen zivilgesellschaftlichen Formen führen zu einem reicheren, freieren Leben der Menschen und nur im Rahmen dieser Formen können die überdimensionierten, unzulänglich funktionierenden Überreste des einstigen totalitären Staates allmählich überwunden werden.

Wir sind überzeugt, dass durch den Meinungs austausch in diesen von den Bürgern spontan, also von unten geschaffenen Organisationen das Gefühl der Verantwortung für das Erzielen von Konsens in den Grundfragen des gesellschaftlichen Lebens gestärkt werden kann. Die Bürgergesellschaft besteht aus einer Vielzahl der verschiedensten Arten und Unterarten von funktionsfähigen Verbindungen, in denen Menschen freiwillig zum Nutzen der verschiedenen Aspekte des Gemeinwohls arbeiten. Wir schätzen die Bestrebungen vieler Mitbürger, die Strukturen der Bürgergesellschaft auszubauen.

Wir sind uns bewusst, dass nicht Geld, sondern die innere Überzeugung der Menschen die Grundbedingung für die Schaffung der Bürgergesellschaft ist, dass es der Menschenwürde eher entspricht, die Sorge um sich selbst zu übernehmen als passiv auf Hilfe von anderswoher zu warten. Im Geiste der traditionellen Bindungen zwischen den Kirchen und den Strukturen der Bürgergesellschaft bieten wir allen Menschen guten Willens unsere Unterstützung und Mitarbeit an.

31. Die Erziehung zu Rechtsbewusstsein und Verantwortung kultiviert die Rechtsordnung

Ein Erbe des Kommunismus ist das schwache persönliche Verantwortungsgefühl. Im totalitären paternalistischen Staat wurde das Kollektiv betont. Auch das Eigentum gehörte allen und niemandem, verantwortlich waren alle und niemand. Jetzt genießen wir Freiheit, der jedoch die individuelle Verantwortlichkeit nicht ausreichend die Waage hält. Auch weiterhin fordern wir die Existenz des paternalistischen Staates, verlangen, dass er sich in jeder Hinsicht um uns kümmert und vergessen dabei, verantwortungsvoll zu handeln und ein entsprechendes

Maß an Verantwortlichkeit auch von denen zu verlangen, die Unrecht begehen.

Als Bürger der postsozialistischen Epoche sind wir noch immer nicht ganz mündig. Wir stehen vor der Aufgabe, zu einem tieferen Rechtsbewusstsein heranzureifen sowie zur Fähigkeit, die bürgerliche und politische Verantwortung für die öffentlichen Angelegenheiten auf uns zu nehmen. Das ist ein langer und mühevoller Weg, den wir jedoch bewältigen müssen. Die Pflege der Bürgertugenden, der Verantwortlichkeit und des Rechtsbewusstseins jedes einzelnen, ist einer der Wege zur Wiederherstellung des Rechtsstaates, zur prosperierenden Bürgergesellschaft. Wir alle fühlen, wie sehr es uns an führenden Persönlichkeiten in Politik und Wirtschaft fehlt. Beide totalitären Herrschaftssysteme, unter denen wir leben mussten, ließen führende Persönlichkeiten nicht aufkommen und unterdrückten ihre Entfaltung. Potentielle Führer liquidierten sie sogar gezielt. Wir rufen auch unsere religiösen Institutionen auf, ein Umfeld zu schaffen, in dem gebildete, sittlich handelnde Persönlichkeiten heranwachsen können, engagierte, offene und tolerante Menschen, die imstande sind, das gesellschaftliche Leben aktiv zu beeinflussen. Dieser Lebensauffassung, in der die Verantwortung für das eigene und gemeinschaftliche Leben eine vorrangige Stellung einnimmt, liegt die geistige Verankerung in Gott zugrunde.

32. Das internationale und das europäische Recht sind eine Hilfe für die Erneuerung unserer Rechtsordnung

Unter den Fachleuten herrschen auch im politischen Bereich Meinungsverschiedenheiten darüber, ob das internationale Recht, gegebenenfalls das Recht der EU, den Vorrang vor dem Recht der nationalen Staaten haben soll oder nicht. Diese Frage wird als Bestandteil des weiteren Problems der verminderten oder begrenzten Souveränität des nationalen Staats am Ausgang des 20. Jahrhunderts diskutiert, besonders in Verbindung mit der fortschreitenden europäischen wirtschaftlichen Integration und der Globalisierung der Wirtschaft. Für unser Land wächst die Bedeutung dieser Streitfrage im Zusammenhang mit der Vorbereitung zum EU-Beitritt, der auch die Harmonisierung unserer Rechtsordnung mit den EU-Normen voraussetzt. Oft begegnet man politischen Ansichten, die damit

argumentieren, dass wir an der nationalen Souveränität, ja sogar am Patriotismus im Namen unserer nationalen Interessen festhalten sollten. Die christlichen Kirchen schätzen die nationalen Interessen und den Patriotismus als Werte, die nicht in Frage gestellt werden dürfen. Gleichzeitig warnen wir jedoch vor dem Missbrauch dieser Werte durch Nationalismus, ethnische Unverträglichkeit und den Versuch, die rein partikularen Interessen bestimmter Gruppen durchzusetzen. Das Interesse der nationalen Gemeinschaft gehört auch bei der Vereinigung von Europa zu den natürlichen Zielen jedes verantwortlich denkenden und handelnden Politikers. Patriotismus und Nationalgefühl dürfen jedoch nicht zum Vertuschen von mangelnden Fachkenntnissen und zur Beeinträchtigung der Ethik des Unternehmens missbraucht werden. Wir erinnern auch an das gute Beispiel der fachkundig geleiteten und erfolgreichen Unternehmen, die im Besitz ausländischer Gesellschaften sind, deren Prosperität jedoch auch zum Gemeinwohl unserer heimischen Bevölkerung beiträgt.

In Anbetracht des bei uns herrschenden schwachen Rechtsbewusstseins muss man den Druck von Seiten der EU und der internationalen Gerichte und Finanzinstitute, der die Harmonisierung unseres Rechts mit den Standardvorschriften der zivilisierten Länder vorantreiben soll, als willkommene Hilfe bei der komplizierten und langwierigen Erneuerung der Rechtsordnung begrüßen. Wir warnen vor einem Populismus, der das nationale Bewusstsein zum Schutz von Interessengruppen missbrauchen könnte, der sogar die herrschende rechtliche Willkür als nationale Souveränität verteidigt, selbst wenn dies bedeuten sollte, dass wir nicht in die EU aufgenommen werden könnten.

33. Subsidiarität und Solidarität im Dienste des Gemeinwohls

Das Prinzip der Subsidiarität, eine der Säulen der christlichen Soziallehre, zu der wir uns bekennen, bedeutet, dass jede Stufe in der Hierarchie der gesellschaftlichen Ordnung – Einzelmensch – Familie – Gemeinschaft der Orts- oder Pfarrgemeinde – Bezirk – Land – Staat – gegebenenfalls überstaatliche Gemeinschaft – in ihrem Bereich möglichst selbständig und verantwortungsvoll Entscheidungen zu treffen hat und nur dann bei den höherstehenden Stufen der gesellschaftlichen Hierarchie Hilfe suchen soll, wenn ihre eigenen Kräfte zur Bewältigung der Situation nicht genügen. Erst dann ist

Solidarität als zweite Säule der christlichen Soziallehre am Platz. Solidarität ist die moralische Verpflichtung, denen zu helfen, die wirklich Hilfe benötigen. Subsidiarität und Solidarität sind miteinander verbunden. Nur wenn sie einander die Waage halten, kann Gemeinwohl erreicht werden.

Infolge der vergangenen Entwicklung stehen bei uns Subsidiarität und Solidarität in einem ungunstigen Verhältnis. Das Prinzip der Subsidiarität wird nicht respektiert, das Erbe des Versorgungsstaates wurde bislang noch nicht überwunden. Andererseits muß solidarisches Handeln weiterhin unterstützt werden. Die Woge der Solidarität, die sich bei der Bedrohung durch die katastrophalen Überschwemmungen erhob, hat gezeigt, daß viele Menschen noch immer das Herz auf dem rechten Fleck haben. Die Bemühungen um eine vertiefte Verantwortlichkeit, die das Prinzip der Subsidiarität sowie solidarisches Fühlen und Handeln respektiert, müssen Hand in Hand vor sich gehen. Nicht nur die Christen aller Bekenntnisse sind berufen, diese Aufgaben zu erfüllen, sondern alle Menschen, die guten Willens sind und denen das Gewissen sagt, daß sie so richtig handeln.

34. Eine Demokratie ohne Werte schlägt leicht in Totalität um

Die christliche Soziallehre stützt sich auf die Erfahrungen, welche die Menschheit mit den verschiedensten Formen der gesellschaftlich-politischen Ordnung gemacht hat, einschließlich unserer jüngsten Erfahrung mit der "Diktatur des Proletariats". Aus diesen Erfahrungen geht hervor, dass die parlamentarische Demokratie die am wenigsten nachteilige von allen möglichen unvollkommenen Lösungen darstellt. Deshalb treten die Kirchen entschieden für die Demokratie ein. Die Herrschaft der Mehrheit, die auf der Gleichheit aller Menschen, ihrer Freiheit und der freien Entfaltung der bürgerlichen und menschlichen Kräfte jedes einzelnen beruht, gehört zu den Werten, an deren "Erfindung" das Christentum mitgewirkt hat. Sie schließen die Anerkennung der Minderheitenrechte und die Ablehnung jeder Form von Rassismus ein.

Die parlamentarische Demokratie, besonders in ihrer rein formellen Gestalt darf jedoch nicht verabsolutiert werden. Auch diese gesellschaftlich-politische und staatsrechtliche Form hat ihre Mängel und Grenzen. Vor allem beruht Demokratie nicht nur auf dem

Mehrheitsprinzip. Auch die Mehrheit kann sich irren. Von großer Bedeutung sind deshalb diejenigen, denen die Gabe zuteil wurde, die Zeichen der Zeit zu erkennen. Es kommt auch in hohem Maße auf die Werte an, zu denen die Gesellschaft sich in freiem Meinungsaustausch, durch gegenseitiges Zuhören und Anteilnahme durchringt. Fehlen diese Werte in der Gesellschaft, droht die ernstliche Gefahr, dass die parlamentarische Demokratie zu einer leeren Form wird, hinter der sich das Diktat derjenigen verbergen kann, die in der Wirtschaft oder in den Medien eine Machtstellung innehaben.

Auch die Erfahrungen aus anderen Ländern lehren, dass es klug und vorsichtig ist, wenn eine wohldurchdachte Machtteilung in Form von ausgewogenen Rechtsbefugnissen der zwei Parlamentskammern und des Staatsoberhauptes als Sicherung in die Verfassung aufgenommen wird. Am wichtigsten ist es jedoch, zu begreifen, dass die Demokratie von Werten lebt, welche die verantwortungsvollen Bürger aus den geistigen Quellen und Traditionen schöpfen und so die Rechtsnormen legitimieren und auch die Schritte der politischen Institutionen unterstützen.

35. Ein Christ ist zu bürgerlichem und politischem Engagement verpflichtet

Die Stärke des demokratischen Staates beruht auf den Bürgern, die bereitwillig und gern die Verantwortung für sich, ihre Familie, die Gemeinschaft und den Staat, in dem sie leben, übernehmen. Die Möglichkeit, in Freiheit zu leben und sich an der Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten zu beteiligen, ist eine große Gabe, aber auch eine Verpflichtung. Die Politik ist nicht nur der Kampf um die Macht, sondern auch Dienst am Menschen, sie ist eine Kunst und ein Betätigungsfeld für tapfere, charakterfeste, wahrheitsliebende und unbestechliche Menschen.

Ermutigend und vielversprechend ist es, dass es auf lokaler, kommunaler und regionaler Ebene, überall dort, wo es um konkrete Dienstleistungen für konkrete Bürger geht, bereits viele ehrliche politische und in der Öffentlichkeit tätige Aktivisten gibt, die zu uneigennütziger Arbeit für das Wohl ihrer Mitbürger bereit sind. Sie können sich in Zukunft zu Persönlichkeiten entwickeln, welche die Ideale der Ehrlichkeit und persönlichen Sittlichkeit verkörpern, wie sie unsere Politik auch auf gesamtstaatlicher Ebene in großer Zahl benötigt.

VI. DIE MODERNISIERUNG DER WIRTSCHAFT: DER MENSCH IN DER ARBEITSWELT

36. Der Unternehmer organisiert, koordiniert, er ist ein Mensch, der das Neue schafft

Ein strategischer Leitgedanke des tschechischen Wegs der wirtschaftlichen Transformation war der Grundsatz: "Erst privatisieren, dann umstrukturieren." Es ist nur teilweise gelungen, dieses Prinzip zu realisieren und zwar dort, wo die Privatisierung ein positives Ergebnis zeitigte. Das betrifft die erfolgreiche strategische Allianz mit ausländischen Investoren, die nicht nur das notwendige Kapital, sondern auch ihr Know-how sowie neue Ideen mitbrachten. Hierher gehören auch manche erfolgreiche Restitutionsfälle und eine Reihe von kleineren Unternehmen, besonders dort, wo die neuen Eigner ihre Aufgabe gut begriffen haben. Die christliche Soziallehre hebt die Rolle des Unternehmers in der modernen Marktwirtschaft als führende Persönlichkeit der Arbeitswelt hervor und schätzt sie hoch ein. Bei allen positiven Privatisierungen wurde das Ergebnis durch das richtige Begreifen der Bedeutung des Privateigentums und des wahren Sinnes und Grundes der Privatisierung bedingt.

37. Eine nur der persönlichen Bereicherung dienende Privatisierung war keine Lösung

Leider ist es in einem verhältnismäßig großen Teil der Wirtschaft nicht gelungen, den Grundsatz "erst privatisieren, dann umstrukturieren" zu realisieren. Modernisierung erfordert Invention und das nötige Kapital und in unserer Republik mangelte es an beidem. Unter solchen Umständen genügten auch die besten Absichten nicht. In anderen Fällen schlossen eigentlich schon die Bedingungen der Privatisierung die Realisierung des strategischen Grundsatzes von vornherein aus. So war es vor allem bei der Privatisierung auf Kredit, bei der das privatisierte Unternehmen finanziell derart belastet wurde, dass die für die Modernisierung und Entwicklung des Unternehmens nötigen finanziellen Ressourcen abgezapft wurden. Beim Unterzeichnen der Kreditverträge wussten oft beide Seiten, die Bank und der Kreditbewerber, es werde niemals möglich sein, die Schulden

abzuzahlen. Eigentlich ging es um ein Verhalten, das die ökonomische Theorie als "moralischen Hasard" bezeichnet. Derartige Privatisierungsspiele, denen die irrige Ideologie einer Privatisierung um der Privatisierung willen zugrunde lag, waren nur eine Variation der Verhaltensweisen, die beide Seiten noch im Schoße des Realsozialismus gelernt hatten. Von einem solchen moralischen Hasard war es dann nur ein Schritt zum "Tunnelieren." Die als "Tunnelieren" bezeichneten Privatisierungsspiele waren oft auch mit dem korrupten Vorgehen von Regierungsbeamten und Kreditsachbearbeitern der Banken verbunden. Wir erklären nachdrücklich, dass ein solches Verhalten zutiefst unmoralisch und verwerflich ist. Was von den tunnelierten Unternehmen übrigbleibt sind die entwerteten Aktiva des Unternehmens, vernichtete materielle und menschliche Werte. Wir haben es hier mit den wohl empfindlichsten Schäden zu tun, zu denen es im Laufe der Transformation gekommen ist, mit dem Zerfall der Teams von Fachleuten und damit zur Zerstörung der Strukturen kreativer Zusammenarbeit sowie zur Auflösung der Gemeinschaften erfahrener Arbeiter. Zurückgeblieben ist nur der veraltete Maschinenpark.

Zu den negativen Verhaltensweisen müssen auch die dubiosen Aktivitäten und Ziele mancher ausländischer Firmen gezählt werden, wenn auch, wie schon erwähnt, die Beteiligung ausländischer Investoren größtenteils sehr förderlich war. Es finden sich jedoch auch Unternehmer, die ein heimisches Unternehmen ruinieren, um die Märkte besetzen und die Konkurrenz ausschalten zu können. Sie überführen den Gewinn des heimischen Tochterunternehmens als sogenannte Steueroptimierung ins Ausland und halten vorsätzlich die Abhängigkeit des inländischen Betriebs von der Forschung und Entwicklung der ausländischen Zentrale aufrecht. Das Vorgehen solcher Unternehmer ist ebenso zu verurteilen wie die zuvor kritisierten Praktiken neuer heimischer Eigentümer und Manager.

38. Hohe Arbeitslosigkeit ist ein gesellschaftlicher Missstand, die Einrichtung neuer Arbeitsplätze ist verdienstvoll

Unsere Gesellschaft leidet schon längere Zeit am gesellschaftlichen Missstand der Arbeitslosigkeit. Obwohl es klar ist, dass die radikalen Umwandlungen in den Betrieben eine Requalifizierung vieler Arbeitnehmer sowie ihren Übergang zu neuen Berufen notwendig macht

und nicht ohne ihre Bereitschaft auskommt, sich dem unausweichlichen Wettbewerbsdruck auf dem Markt anzupassen, bleibt die Arbeitslosigkeit doch eine Bürde für den Einzelnen sowie für die ganze Gesellschaft, sie bleibt ein Übel. Es ist deshalb eine vorrangige Pflicht aller Beteiligten, der Arbeitgeber, der Gewerkschaften, der staatlichen und öffentlichen Verwaltungsorgane und der Arbeitnehmer selbst, Mittel und Wege zum Abbau der Arbeitslosigkeit zu finden. Das manchmal zugunsten der Arbeitslosigkeit angeführte Argument, die Erhöhung der sogenannten Flexibilität des Arbeitsmarktes, lässt das in Abhängigkeit von der beruflichen Qualifikation strukturierte Stellenangebot außer Acht.

Eines der Ziele des Menschen ist seine Entfaltung und die Anwendung seiner Fähigkeiten zum Wohl der Familie und der Gesellschaft. Die Arbeit ist für ihn ein Mittel zur Erreichung dieser Ziele. Wird ihm jedoch die Arbeit verweigert, obwohl er arbeiten will, wird er an den Rand der Gesellschaft getrieben und der gesellschaftlichen Anerkennung beraubt. Dadurch leidet seine Menschenwürde (4).

Arbeitslosigkeit verursacht psychische und soziale Schäden. Der Mensch fühlt sich aus der Gesellschaft ausgeschlossen und vollständig bedeutungslos. Daraus ergeben sich Probleme mit der Freizeitgestaltung, Verschuldung u.a. Nicht selten kommt es zu Ehekrisen, zum Zerfall der Familie. Es existieren jedoch auch gesellschaftliche Folgen. Fremdenhass, rechts- und linksgerichteter Radikalismus, Kriminalität. Die finanzielle Hilfe der öffentlichen Hand kann das persönliche und soziale Unrecht kaum entschädigen. Das kann Tragödien heraufbeschwören, zu denen es besonders häufig bei langfristiger oder gar ständiger Arbeitslosigkeit kommt. Junge Menschen, denen es nach Abschluss des Studiums nicht gelingt, Arbeit zu finden, können sich auch nicht die erforderlichen Arbeitsgewohnheiten aneignen, gewöhnen sich an die Sozialhilfe und verfallen nicht selten den Drogen und der Kriminalität.

Dort, wo es zu Arbeitslosigkeit kommt, ist es ungemein verdienstvoll, vom Staat oder der Gemeinde unterhaltene Unterstützungsprojekte zu schaffen und Interessengruppen, Beratungsstellen und Klubs ins Leben zu rufen, die den Betroffenen Hilfe leisten. Man muss auch außerhalb des Marktes und seiner Mechanismen neue Wege und Möglichkeiten zur Beschaffung von

menschenwürdigen Aktivitäten für unsere beschäftigungslosen Mitbürger suchen.

Besondere Aufmerksamkeit sollte der langfristigen Arbeitslosigkeit gewidmet werden. Besonders hier sind Programme für gemeinnützige Arbeiten wichtiger als Sozialhilfe und die Finanzierung der Arbeit ist wertvoller als die der Arbeitslosigkeit. Beachtung erfordern vor allem die Probleme der beschäftigungslosen Jugend.

Es ist gut, "Arbeit zu haben" und als Arbeitnehmer ordentliche Arbeit zu leisten. Freier ist jedoch selbständiges Unternehmen und lobenswert ist es, Arbeitsgelegenheiten für andere einzurichten. Der Mangel an Arbeitsplätzen wird durch ungenügende Unterstützung des Unternehmertums bei der Vorbereitung des Arbeitsprozesses und der Investitionsvorhaben verursacht. Die Schaffung eines durchschnittlichen Arbeitsplatzes für einen Arbeiter erfordert eine Investition in der Höhe von einer Viertel- bis einer ganzen Million Kronen. Es geht dabei nicht nur um das nötige Kapital als solches, obwohl auch das für die Beschäftigung einiger Hunderttausend Arbeiter ein großes Problem darstellt. Vor allem geht es jedoch darum, dass der Finanzsektor in der Tschechischen Republik nicht genügend wertvolle und vor allem vertrauenserweckende Investitionsvorhaben findet, ob es nun um unsere oder ausländische Banken geht. Die Kommunikation zwischen den Industrieunternehmen und den Banken erfordert eine Atmosphäre des Vertrauens, die jedoch nicht aufkommen kann, wenn keine Finanz- und Zahlungsdisziplin existiert. Die Schaffung neuer Arbeitsplätze würde sicher auch durch größere Erzwingbarkeit des Rechts in der Wirtschaft sowie bessere Bedingungen für das Unternehmertum einschließlich der normalen Ethik des Unternehmens unterstützt werden.

Ein weiterer gesellschaftlicher Missstand ist das Vorenthalten der Löhne und Gehälter der Angestellten. Den Lohn vorzuenthalten bedeutete schon für die alttestamentarischen Israeliten die größte Sünde, deren Ungerechtigkeit zu Gott rief. Unter unseren Bedingungen ist diese Erscheinung umso bedenklicher, als die Gehälter und Prämien der Manager der realen wirtschaftlichen Lage sowie ihren Verdiensten häufig nicht entsprechen. Wir erklären nochmals nachdrücklich, dass ein solches Verhalten unmoralisch und verdammenswert ist. Unternehmer und Manager, die ihre Mitmenschen ausbeuten, vergrößern durch ihr asoziales Verhalten die sozialen Spannungen in unserem Land und das ist Wasser auf die Mühle derjenigen, die sich nach der alten Ordnung

sehen. Die Missstände im wirtschaftlich-sozialen Bereich bedrohen die Existenz der parlamentarischen Demokratie selbst. Gleichzeitig erklären wir aber nachdrücklich, dass die christliche Soziallehre auch nicht einseitig auf der Seite der Arbeitnehmer steht. Diejenigen, welche die Arbeitszeit und die elementare Arbeitsdisziplin nicht einhalten und nicht ordentlich arbeiten, handeln ebenfalls unmoralisch und schädigen ihren Arbeitgeber, ja bedrohen manchmal seine Existenz. Das negative Erbe aus der Zeit des Realsozialismus und die Ideologie des Klassenneids und -hasses müssen auch in bezug auf die Arbeitsdisziplin und -moral der Arbeiter und Angestellten überwunden werden.

39. Die christliche Soziallehre steht auf der Seite derjenigen, die an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden

Die Kirchen sind mit allen denen solidarisch, die unter sozialer Ungerechtigkeit leiden, die an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden und so zu Opfern einer unzulänglich funktionierenden politischen und wirtschaftlichen Ordnung werden. Die steigende Zahl der Arbeitslosen, der unter unvorstellbaren Bedingungen lebenden Obdachlosen und die überfüllten Gefängnisse zeugen von einer maroden Gesellschaft. Sozialarbeit, karitative Tätigkeit waren seit jeher ein Gebiet, auf dem ein Christ seine Nächstenliebe bezeugen und seinem Leben tiefen Sinn verleihen kann. Die karitativen Organisationen der Kirche sind nach ihren Möglichkeiten, Ressourcen und Kräften bestrebt, die negativen Folgen der gesellschaftlichen Entwicklung durch aufopfernde Sozialarbeit zu mildern. Unser Dank gilt allen, die in diesen Institutionen arbeiten. Wir sind uns bewusst, dass die Sozialarbeit der Kirche nicht ausreichend ist. Es wird niemals genügend dienstwillige Mitarbeiter in diesem Bereich geben, denn "Ihr habt allezeit Arme bei euch" (Mt. 26 11). Das ist kein Ausspruch der uns gleichgültig machen soll, sondern ein Mahnruf, den Schwachen jederzeit entgegenzukommen.

Die christliche Soziallehre schätzt barmherzige Taten und Solidarität hoch ein. Sie ist sich jedoch auch bewusst, dass Wohltätigkeit allein nicht ausreicht. Wir brauchen eine Reform der Institutionen und eine Reform der Maßnahmen, die diese gravierenden Probleme heraufbeschwören. Und gleichzeitig müssen auch die irrigen Ideologien

der gesellschaftlichen Strukturen entlarvt werden, die diese Missstände hervorbringen.

Das Christentum kann die Bemühungen um soziale Gerechtigkeit nicht aufgeben. Es findet sich nur schwer damit ab, dass bestimmte Gruppen der Bevölkerung unberechtigte Privilegien genießen, während andere diskriminiert werden. Die Stellung der staatlichen, städtischen, privaten und kirchlichen Organisationen und Institutionen ist nicht gleichberechtigt. Auch die Beziehungen zwischen Stadt und Land sind schweren Prüfungen ausgesetzt. Zu den Schwachen gehören in unserer Gesellschaft alte und kranke Menschen und Familien mit mehreren Kindern.

Die Arbeitslosigkeit führt zu einer Spaltung der Gesellschaft, die der einstigen Klassenteilung ähnelt. Klassenkampf und Klassenhass waren oft die Ursache der Entstehung von totalitären Systemen. Es ist unsere Pflicht, darauf aufmerksam zu machen, dass die Arbeitslosigkeit in der Zukunft soziale Unruhen auslösen kann, denn die demokratische Gesellschaft kann nicht in Frieden leben, wenn die Arbeitslosigkeit zu einer ständigen Erscheinung wird.

40. Das Verschleppen der notwendigen Veränderungen verursacht jetzt hohe soziale Kosten

Der Staat ist immer für die Ausübung von Recht und Gerechtigkeit in der Gesellschaft verantwortlich. In vielen Fällen erfüllt er jedoch diese Pflicht nicht. In den Jahren der Transformation versagte er in seiner legislativen Funktion. Seine exekutive Macht bewältigte die Privatisierung bei einer Vielzahl von Betrieben, Banken und anderen Geldinstituten nicht. Infolge dieses Versagens in der Vergangenheit schützt unsere Rechtsordnung auch heute nicht die ehrlichen Eigentümer vor den unehrlichen, die Gläubiger nicht vor den Schuldern und die Arbeitnehmer nicht vor unsoliden Arbeitgebern. Die Mängel im legislativen Bereich müssen so rasch wie möglich beseitigt werden. Eine große Hilfe wird dabei ein vollständiges und funktionsfähiges Bankrottgesetz sein. Es wird eine rasche Bewältigung der Probleme in Betrieben herbeiführen, welche die bisherigen Besitzer und Manager nicht über Wasser halten konnten. Es geht darum, dass die Unternehmen in die Hände von Besitzern und Managern gelangen, deren größere Fachkenntnisse und Kompetenz zur Hoffnung berechtigt, dass eine

Belegung der Betriebe eintritt und die Arbeitsplätze erhalten bleiben können. Es scheint, dass zahlreiche Gewerkschaftsfunktionäre diese Ansicht teilen.

41. Die Gewerkschaften sind ein legitimer Bestandteil der Gesellschaft

Die christliche Soziallehre betrachtet das Recht der Arbeitnehmer, sich in Gewerkschaften sowie Arbeitnehmer- und Berufsverbänden zusammenzuschließen, als vollkommen legitim. Legitim ist auch die Verteidigung ihrer berechtigten Interessen in Verhandlungen mit den Arbeitgebern, gegebenenfalls mit dem Staat. Dass in der Wirtschaft Widersprüche und Konfliktsituationen bestehen, ist natürlich, besonders unter den Bedingungen einer Transformation, wie sie zur Zeit bei uns verläuft. Im Unterschied zur marxistischen Ideologie, welche die Beziehungen in einem Unternehmen vom Standpunkt des Klassenantagonismus und Klassenkampfes betrachtete, zieht die christliche Soziallehre eine Sozialpartnerschaft aller Beteiligten vor: der in den Gewerkschaften organisierten oder abseits stehenden Arbeitnehmer und der Arbeitgeber, Besitzer sowie Manager. Die Bewältigung einer so gewaltiger Aufgabe, wie sie der Transformationsprozess darstellt, erfordert die Aufrechterhaltung von sozialem Frieden und kooperatives Handeln, das zu Einverständnis führt.

Die sogenannte Tripartität, die aus Vertretern der Arbeitgeber, Arbeitnehmer und der Regierung besteht, kann die friedliche Beilegung von Konflikten unterstützen. Das erfordert gegenseitige Achtung der beteiligten Partner sowie Respekt vor der Idee solcher Verhandlungen selbst (5).

Mit der Wandlung der Industriegesellschaft und dem Übergang zu einer neuen "Informationsgesellschaft" ändert sich die Rolle der Gewerkschaften. Es wird nötig sein, die bisherigen Formen der Gewerkschaftsorganisationen durch neue zu ersetzen. Wie sich zeigt, werden viele Angestellte nicht mehr gezwungen sein, ihre Firma aufzusuchen, weil sie ihre Arbeit zu Hause verrichten können. Die Lösung besteht augenscheinlich darin, eine Vertretung der Arbeitnehmer auf dem Niveau der Unternehmen, wie sie auch von der EU befürwortet wird, mit Berufsverbänden außerhalb des Betriebes zu kombinieren und

das für Berufe aller Art, für qualifizierte Mitarbeiter und solche ohne spezifische Qualifikation. Nur so wird es möglich sein, sich in der wachsenden Konkurrenz in globalem Maßstab zu behaupten und gleichzeitig durch entsprechenden Rechtsschutz den Arbeitnehmern einen angemessenen Lebensstandard zu sichern. Die Rolle der Gewerkschaften als qualifizierte Berater und Vertreter der Arbeitnehmer in Arbeitskämpfen, Fragen des Arbeitsschutzes u.a. wächst.

42. Die demokratische Kultur der Arbeit ist eine Alternative und ökonomische Herausforderung

Die Forderung des Respekts vor menschlichen Werten und menschlicher Würde in der Welt der Arbeit beschränkt sich nicht nur auf die Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft. In den entwickelten Gesellschaften werden die Kenntnisse der Menschen zur wichtigsten Quelle des Reichtums. Manchmal spricht man explizit von einer Informationsgesellschaft, einer Gesellschaft des Wissens. Die effiziente Nutzung aller Talente, die dem Menschen gegeben wurden, hängt vom aktiven Interesse der Erwerbstätigen und ihrer Motivation ab. Das lässt sich durch die Mitbeteiligung der Arbeitnehmer an der Leitung und Verwaltung des Betriebes erreichen, manchmal auch durch verschiedene Formen des Mitbesitzes.

Auch in diesem Bereich der Arbeitskultur kam es zur Zeit der Transformation zu zahlreichen Vereinfachungen, Irrtümern und grundsätzlichen Fehlern. Im Zusammenhang mit der gelockerten Arbeitsdisziplin in den Jahren des Realsozialismus erklärten sich manche neue Besitzer die Notwendigkeit, am Arbeitsplatz Disziplin zu halten, im Geiste des Schlagworts: "der Manager denkt und der Arbeiter führt passiv seine Aufträge aus." Ein solches System, das teilweise an den Taylorismus und den Fordismus am Beginn des 20. Jahrhunderts erinnert, mißachtet das Talent und die kreativen Fähigkeiten der Angestellten. Die Stellung des Menschen in der Arbeit kann nicht oft genug betont werden. Man darf ihn nicht nur zur "Arbeitskraft" reduzieren, der Arbeitgeber muss in seinem Angestellten den ganzen Menschen sehen. Die Kirchen unterstützen besonders die aus der Gesellschaft ausgegrenzten "schwächeren" Gruppen, Behinderte, Menschen mit verminderter Arbeitsfähigkeit, kurz alle, die sich im oft unbarmherzigen Wettbewerb trotz aller Bemühungen nicht behaupten

können. Ihnen muss Hilfe geleistet werden, damit sie sich in die Gesellschaft einordnen können und sich nicht verstoßen und verlassen fühlen.

Es geht also um eine Arbeitskultur, die mit der persönlichen Motivation der Menschen rechnet, die einer Art "psychologischem Eigentum" nahe kommt. Aber auch Formen von realem Mitbesitz der Arbeitnehmer müssen erwogen werden. Allgemein gilt, dass die verschiedenen Formen von demokratischen Kontrollmechanismen wirksamer sind als eine Regelung von außen. Die Verbindung demokratischer Elemente im Produktionsprozess mit den demokratischen Formen der öffentlichen Verwaltung stärkt das Vertrauen in die Demokratie in der ganzen Gesellschaft.

In Zukunft wird der Konkurrenzdruck der globalen Weltwirtschaft sowie der europäischen Wirtschaft im Prozess der Integration ständiges Lernen während des ganzen Lebens notwendig machen. Die Bedeutung von Wissenschaft, Forschung und Entwicklung wurde in den Jahren der Transformation unterschätzt, aber in Zukunft wird man damit rechnen müssen, dass gerade diesem Bereich eine entscheidende Bedeutung zukommt. Es geht um einen dringlichen Aufbruch. Ständiges Lernen stellt die einzige Alternative dar, die verhindern kann, dass unser Land weiterhin zurückbleibt und in der zivilisierten Welt an den Rand gerät. Unser Ruf als entwickeltes mitteleuropäisches Land verpflichtet uns, diesem Aufruf nicht mit tauben Ohren zu begegnen.

VII. HUMANÖKOLOGIE: DER MENSCH ALS VERWALTER DER NATUR UND DER GANZEN SCHÖPFUNG

43. Auch der Mensch ist ein Teil der Schöpfung

Die Menschen jeder Generation und die Menschheit überhaupt sind ein Bestandteil des planetarischen Ökosystems. Diese bereits in den einleitenden Kapiteln der biblischen Botschaft ausgedrückte Tatsache wird in historischen, politischen, sozialen und ökonomischen Betrachtungen häufig vergessen. Die christliche Auslegung betont die Ehrfurcht vor der Schöpfung. Auch die sozialen und ökonomischen Systeme gründen sich auf die Natur. Sie beeinflussen sie und werden

von ihr beeinflusst. Das muss den Menschen auch in seiner wirtschaftlichen Tätigkeit zu umsichtigem Vorgehen führen, zur verantwortungsvollen Berücksichtigung aller Folgen, die seine Aktivitäten für die Natur und die Umwelt haben können.

In diesem Zusammenhang spricht man immer häufiger von der Notwendigkeit, das ständige Wirtschaftswachstum durch die Schaffung eines dynamischen Gleichgewichts zwischen der Bevölkerungszahl und der wirtschaftlichen Entwicklung zu ersetzen, das die Befriedigung der Bedürfnisse aller Bewohner des Planeten auf einem dauerhaft tragbaren Niveau sichert.

44. Europa altert und stirbt aus, steigert aber trotzdem seinen Verbrauch

Etwas vereinfacht ausgedrückt wächst die Bevölkerungszahl in den Ländern, in denen der Verbrauch nicht ansteigt, und der Verbrauch steigt in den Ländern, in denen die Bevölkerungszahl nicht wächst. Es gibt positive Ausnahmen, wie z.B. Irland, wo sowohl die Bevölkerungszahl als auch der Verbrauch wachsen, aber auch negative, wie manche postsowjetische Republiken, wo sowohl die Bevölkerungszahl als auch der Verbrauch sinken.

Die Entwicklung ist also ungleichmäßig und so nicht dauerhaft tragbar. Die Tschechische Republik ist in dieser Hinsicht ein Teil von Europa. Ohne Einwanderung aus dem Ausland altern wir und sterben sogar aus. Unsere Ansprüche an den Verbrauch wachsen jedoch ständig. Die Idee des stetigen Wirtschaftsaufschwungs und des Wachstums von Reichtum und Verbrauch in materiellem Sinn ist typisch für die europäisch-amerikanische Zivilisation. Ein ökonomisches System, das vom Bestreben des Menschen ausgeht, seinen Besitz ständig zu vergrößern, führt zum Anstieg der Produktion. Das hat letztendlich zur Folge, dass wir uns mit der drohenden Erschöpfung der nicht erneuerbaren Ressourcen und der ständig zunehmenden Umweltverschmutzung auseinandersetzen müssen. Im letzten Jahrzehnt hat sich bei uns in ökologischer Hinsicht einiges gebessert, die globalen Probleme bestehen jedoch weiterhin.

Die christliche Auffassung geht davon aus, dass die natürlichen Ressourcen eine kostbare Gabe Gottes sind, die für alle Menschen auf der ganzen Welt bestimmt sind und das nicht nur für unsere, sondern

auch für die künftigen Generationen. Umweltschutz und sparsamer Umgang mit knappen Ressourcen gehören zu den Grundelementen der ökologischen Ethik.

45. Mahnrufe und Problemanzeigen zur Globalisierung

Die Globalisierung als Entwicklungstendenz in Weltwirtschaft, Politik und Kultur erweckt viele Hoffnungen aber auch Befürchtungen, besonders in letzter Zeit, in Zusammenhang mit ihrer durch politische Wandlungen und die Entwicklung der Technologien bewirkte Beschleunigung. Das Bestreben, eine weltweite Ordnung und Zusammenarbeit zu schaffen, ist durchaus nicht neu und geht im Grunde aus der Sendung des Christentums hervor. Seine verschiedenen Äußerungen kann man im Laufe der zweitausendjährigen Geschichte vom römischen Imperium bis zur Organisation der Vereinten Nationen verfolgen. Zur Globalisierung der Weltwirtschaft bemerkt Johannes Paul II. folgendes: "Heute sehen wir uns mit der sogenannten Weltwirtschaft konfrontiert, einer Erscheinung, die man sicher nicht ablehnen kann, denn sie birgt außergewöhnliche Möglichkeiten in sich. Immer dringender wird jedoch die Forderung, dass dieser wachsenden Internationalisierung der Wirtschaft auch international wirksame Kontroll- und Führungsmechanismen entsprechen sollten, welche die Wirtschaft auf das Gemeinwohl hin orientieren. Dazu ist ein einzelner Staat, und sei er auch der mächtigste auf der Welt, nicht befähigt. Um das zu erreichen, muss unter den großen Staaten Einverständnis herrschen, und in den internationalen Organen müssen die Interessen der großen Menschenfamilie gerecht vertreten sein. Bei der Beurteilung der Folgen ihrer Entscheidungen müssen notwendigerweise diejenigen Völker und Länder berücksichtigt werden, die am internationalen Markt kein großes Gewicht haben, in denen sich jedoch die härteste und größte Not angehäuft hat und die eine größere Entwicklungshilfe benötigen. In diesem Bereich bleibt zweifellos noch viel zu tun." (Centesimus annus, Art. 58). Für uns Christen bedeutet die Globalisierung also nicht nur ein Risiko, sondern auch eine bestimmte Hoffnung und eine Herausforderung. Wir dürfen nicht bloße Zuschauer bleiben, wir müssen versuchen, ihre Risiken abzuwehren und ihre Vorteile zu nutzen. Dazu müssen wir ihre Entwicklung kennen, ihre Zusammenhänge begreifen und die Kräfte kennenlernen, die sie beherrschen. Deshalb studieren die

christlichen Kirchen und ihre Institute bereits diese Fragen. Die gewonnenen Informationen, die sich auf die Kenntnis der Tatsachen und ihrer Zusammenhänge stützen, sind das beste Verteidigungsmittel gegen die Propaganda extremistischer Gruppen. Während der Tagung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank bei uns in Prag konnten wir uns davon überzeugen, dass Gewalt, Vandalismus und das Schüren von Hass keine Lösung sind.

Auch die Vorarbeiten für die Integrationsprozesse in Zusammenhang mit unserem EU-Beitritt können als Schritt zu einer verantwortungsvoll aufgefassten Globalisierung auf demokratischem Weg betrachtet werden. Die Globalisierungsprozesse werden manchmal zu Unrecht nur auf ihre wirtschaftliche Dimension reduziert. Die gegenwärtige Form der Globalisierung bringt bestimmte Gefahren für die Kultur mit sich, so Abkehr von der Tradition, Bedrohung der nationalen Kultur, Fragmentarisierung der Welt, Entfremdung der lokalen Gemeinschaft und ihrer kulturellen, geistigen und sozialen Grundlagen. Diese Faktoren können die Identitätskrise auch auf nationaler Ebene verstärken und den Zerfall des Wertekanonens einschließlich der politischen Moral beschleunigen. Die Verankerung des Menschen im Christentum ist der wirksamste Weg zur Überwindung dieser Risiken.

46. Der Realsozialismus war eine weniger erfolgreiche und umweltschädliche Entwicklungsvariante

Der "wissenschaftliche Kommunismus" als atheistische Ideologie betrachtete den Menschen als Herrn der Geschichte. Er war überzeugt, die Menschheit nehme ihr Schicksal in die eigenen Hände und werde ein "Paradies auf Erden" schaffen. Die Versprechungen eines nahenden Zeitalters des materiellen Überflusses kontrastierten mit der niedrigen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Systems. Das Konzept der sozialistischen Industrialisierung, das sich zum Ziel setzte, zuerst "den Westen einzuholen und zu überholen" und dann die Güter jedem nach seinen Bedürfnissen zu verteilen, war nur eine vulgäre und weniger erfolgreiche Variante der verfehlten (und das betonen wir!) Vorstellungen der Aufklärung vom steten Fortschritt. Der Widerspruch zwischen den Aspirationen und Möglichkeiten bewirkte, dass der Versuch, den Verbrauch in einem wenig leistungsfähigen System anzuheben, oft auf Kosten der Umwelt erfolgte. Die sozialistische

Wirtschaft verfügte über keine Mechanismen zur objektiven Bewertung der natürlichen Ressourcen. Deshalb war die fortschreitende Verunreinigung der Gewässer und der Luft, die Devastation der Wälder, des Bodens und der ganzen Natur sozusagen ökonomisch unsichtbar. Auch die Auswirkung auf die Gesundheit der Bevölkerung stellt sich mit Verspätung ein. Erst nach Jahren hat es sich gezeigt, dass auch das Verbrauchsniveau, mit dem wir unzufrieden waren, um den hohen Preis ökologischer Schäden und Raubbau an der Natur erreicht wurde. Für alles werden einmal unsere Kinder zahlen müssen.

47. Die ökonomische Transformation hat schon einiges zur Beseitigung von Umweltschäden beigetragen. Der Anstieg des Kraftverkehrs wird zu einer ökologischen Bedrohung.

Der Verlust der Ostmärkte, die Umstrukturierung der Produktion, die Abnahme der gesamten ökonomischen Aktivitäten in Bereichen, welche die Umwelt durch Abgase besonders belasten, sowie das Sinken der landwirtschaftlichen Produktion haben in unserem Land sozusagen automatisch zur Verringerung der Umweltbelastung geführt. Hier zeigt sich, dass auch das, worüber wir uns oft beklagen, nämlich die Senkung der Produktion und ihre Einschränkung, gewisse positive Seiten hat.

In den 90er Jahren hatten jedoch auch die gezielten Maßnahmen zur Besserung der Umweltbedingungen gute Erfolge zu verzeichnen. Mit Unterstützung der EU und teilweise auch mit Hilfe der Einnahmen aus der Privatisierung ist es gelungen, viele nützliche Vorhaben zur Verminderung der Umweltbelastung zu verwirklichen (Entschwefelungs- und Kläranlagen, umweltgerechte Produktionsweisen). Diese Bemühungen müssen fortgesetzt werden, um eine Annäherung an westliche Standards zu erreichen. Es ist nicht ratsam, bei den Investitionen für den Umweltschutz zu sparen.

Besonders wertvoll ist der ländliche Raum. Die Naturnähe übt einen günstigen Einfluss auf die menschliche Psyche aus. Zu den dringlichen Aufgaben einer vernünftigen Politik gehört die Landschaftspflege und das Verhindern der Entvölkerung des Landes.

Da die Wirtschaft und manche Verbrauchergewohnheiten, welche diese durch ihr Angebot selbst anregt, die Umwelt schwer belasten, sollte auch bei uns die Einführung einer Ökosteuer ernstlich erwogen werden. So sollten z.B. die Teilnehmer des Straßenverkehrs, aber auch

andere Umweltverschmutzer, die mit den negativen Auswirkungen ihrer Tätigkeit verbundenen Kosten tragen. Das Bruttoinlandsprodukt würde wohl anders aussehen, wenn die verschiedenen externen Kosten mit eingerechnet würden, die derzeit die Bürger tragen müssen, während sie für die Kalkulation der Unternehmer "unsichtbar" sind.

48. Der Umweltschutz schafft neue Arbeitsplätze

Zur Sanierung und zum Schutz der Umwelt entstehen neue Industriezweige und neue Dienstleistungen, so zum Beispiel durch Sortieren, Liquidierung und Recycling von Abfällen, Filtrieren der Luft und Auffangen von Emissionen, Revitalisierung der Gewässer und Rekultivierung des geschädigten landwirtschaftlichen Bodens. Auch hier hat sich in anderen Ländern die Ökosteuer als wirksames Mittel gegen die Umweltbelastungen bewährt. Solche Pläne, die auch die Konzentration von Forschung und Entwicklung auf diese Fragen fördert, können auch zur Bewältigung der Arbeitslosigkeit beitragen. Mit einem Großteil der Arbeiten können nämlich auch weniger qualifizierte Arbeiter betraut werden.

Die Umstrukturierung der Wirtschaft zugunsten einer Besserung der Umweltbedingungen erfordert natürlich ein Umdenken der breiten Verbraucherschichten einschließlich der Politiker. Es ist besorgniserregend, wenn bei uns Fachleute auf dem Gebiet der Umweltforschung wegen ihrer Vorschläge noch immer als Störenfriede betrachtet werden. Im Kampf um eine gesunde Umwelt ist also das erforderlich, was wir "Umkehr" nennen. Eine ökologische Umkehr kann nur ein verantwortungsbewusster Bürger verwirklichen. Bei der ökologischen Volksaufklärung haben auch die Kirchen eine unersetzliche Aufgabe zu erfüllen, für die sie auch in der Bibel reiche Inspiration finden.

49. Die Ökonomie der freiwilligen Bescheidenheit, die Kultur des Dienstes und Gebens

Die Wirtschaft als bedeutsame Komponente der menschlichen Tätigkeit kann sich nicht entwickeln, ohne den Menschen in seinem ureigenen Wesen zu respektieren, d.h. als Ebenbild Gottes, der einer und dreieinig ist. Darauf gründet sich die Tatsache, dass der Charakter des

Menschen beziehungsreich ist. Es liegt in seinem Wesen, "für etwas" zu sein, die Beziehung mit dem Ziel einer Einigkeit der Menschen, deren ideales Leitbild Gott ist, aufrechtzuerhalten.

Auf dem Weg zu einer neuen ökologischen Ethik, zur Kultur des Dienstes an den Mitmenschen und zur Solidarität mit ihnen, müssen wir uns freiwillig und rechtzeitig einen neuen Wertekanon aneignen. Wir verzichten auf die ausschließliche Betonung des quantitativen materiellen Wachstums. Den Schwerpunkt bildet eine von geistigen Werten und Transzendenz bestimmte Lebensqualität. Diese ist neben dem, was eine tragfähige wirtschaftliche Entwicklung sichern kann, mit einer Vielzahl von anderen Werten verbunden, so Qualität der Umwelt, Gesundheit, Freundschaft, fest zusammenhaltende Familien und Interessengemeinschaften, die sich sinnvollen Tätigkeiten im Dienste der Mitmenschen widmen.

Auf diesen Wertekanon weist das Zeugnis des neuen Testaments hin, vor allem das Beispiel von Jesu Leben und sein Gebot der Liebe. Das kann uns bei unseren Bestrebungen, eine neue Lebensqualität zu erlangen, zu umweltgerechtem Verhalten inspirieren. "Der Mensch ist der Urheber, der Mittelpunkt und das Ziel des gesamten gesellschaftlich-wirtschaftlichen Lebens" (Gaudium et spes, Art. 63). Gleichzeitig ist der Mensch aber auch ein "homo religiosus", also ein Mensch mit einer Beziehung zu Gott und seinen Mitmenschen. Gerade deshalb können die ökonomischen Beziehungen nicht ihres religiösen Inhalts beraubt werden, sie werden, ganz im Gegenteil, erst durch ihn wirklich sinnvoll.

Eine der bedeutsamen Gestalten und Leitbilder, nach denen wir uns richten sollten, ist Franz von Assisi, dieser Apostel der Armut, der freiwilligen Bescheidenheit und Liebe zu allen lebenden Geschöpfen sowie zur unbelebten Natur. Wir hegen die Hoffnung, dass auch auf unserer Schwester, der Mutter Erde, "Frieden und Wohl" herrschen werden, wenn in unseren Herzen Demut und freiwillige Bescheidenheit keimt. Bei uns trat der tragisch umgekommene letzte föderative Umweltminister Josef Vavroušek für freiwillige Bescheidenheit ein. Seine Person ist für uns Christen eine Quelle der Inspiration.

VIII. FAMILIE, BILDUNGSWESEN UND MASSEMEDIIEN

50. Die Familie ist ernstlich bedroht

Gegenwärtig kommt es zu vielen grundlegenden Veränderungen im Familienleben. Vor allem verstärken sich verschiedene Tendenzen, die Familie zu untergraben und zu schwächen. Das hängt zweifellos mit dem Verfall der sittlichen Maßstäbe und des Wertekanons der Gesellschaft zusammen. Auch die materielle Belastung der Familie beeinträchtigt die Beziehungen zwischen den Ehepartnern sowie zwischen Eltern und Kindern. Kompliziert werden die Dinge gleichfalls durch die berufliche Beanspruchung, die sich auch auf die gemeinsam verbrachte Freizeit auswirkt. Diese schwierige Situation hat zur Folge, dass die Ehepartner die Zahl ihrer Kinder beschränken und es immer mehr kinderlose Paare gibt, die keine Ehe schließen. Nach der durch den Nationalsozialismus und Kommunismus verursachten Devastierung kam es in unserem Land zu einem Umschwung, dessen schneller und überstürzter Verlauf zwar eine völlig neue Situation im wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Bereich herbeiführte, jedoch nicht von einer tieferen Berücksichtigung der geistigen und sittlichen Wurzeln begleitet war. Aber auch heute gibt es viele Ursachen für die Bedrohung der Ehe. Die Regeln des freien Wettbewerbs begünstigen diejenigen, die wenig oder nichts für die Familie aufwenden und benachteiligen diejenigen, die ihr viel geben, wenn sie beispielsweise mehrere Kinder haben. Auch in dieser Hinsicht leben wir auf Kosten der künftigen Generationen. Die Ehe ist eine sehr fragile und leicht verwundbare Institution.

Wir sind uns der schwierigen Situation der Ehe und der Familie in unserer Gesellschaft bewusst. Die ehelichen und familiären Beziehungen sind äußerst labil und verwundbar. Besonders krass äußert sich die heutige Krise in der mangelnden Bereitschaft, eine treue eheliche Verbindung für das ganze Leben einzugehen, ungeachtet dessen, dass Männer und Frauen nur in der Ehe das tiefste Lebensglück erfahren können. Nur die Ehe macht die Erziehung von körperlich und geistig gesunden Kindern möglich und kann ihnen gute Bedingungen für die Entfaltung ihrer Intelligenz, ihres Charakters und ihrer Talente

sichern. Die Christen und Kirchen betonen die Würde und Heiligkeit der Ehe.

Obwohl die Familie tiefgreifende Wandlungen erfahren hat, bleibt ihre Sendung bestehen. Die Familie ist die Grundeinheit, in der das persönliche, bürgerliche und nationale Bewusstsein entsteht und sich weiterentwickelt. Sie ist das Umfeld für das Zusammenleben der Generationen und für den Gewinn von Erfahrungen, die eine Orientierung in der Gesellschaft ermöglichen. In der Familie können wir auch lernen, die Vergangenheit als weitere verwandtschaftliche Beziehung aufzufassen und zu begreifen, dass wir als Bürger einer Gemeinschaft angehören. Die sittlichen und geistigen Traditionen, die wir von unseren Vorfahren übernehmen und uns aneignen, stärken unser verantwortungsvolles menschliches Handeln und bürgerliches Bewusstsein. Die christlichen Werte unterstützen diese Wurzeln. Umfragen beim tschechischen Militär haben gezeigt, dass vor allem gläubige Soldaten bereit sind, bei der Verteidigung ihres Vaterlandes ihr Leben einzusetzen.

Im Vergleich zu früheren Zeiten ist das Zusammengehörigkeitsgefühl der heutigen Familie geringer. Daraus ergeben sich hohe Anforderungen an ausgewogene persönliche Beziehungen, Toleranz, Achtung, Vertrauen und intensive Kommunikation in der Ehe und Familie.

In der heutigen Ehe spielt die Selbständigkeit der Frau eine bedeutende Rolle. Dies ermöglicht ihr die Entfaltung ihrer persönlichen Charakterzüge, ihrer spezifischen Fähigkeiten, mit denen sie die Ehe und Familie bereichert. In der Gesellschaft gibt es heute viel mehr Raum für die Betätigung der Frauen in qualifizierten Berufen und in verschiedenen Bereichen des öffentlichen Lebens. Die Vorstellung, dass die Berufsarbeit vorrangig den Männern obliegt und die Anforderungen der Familie auf der Frau ruhen, ist unberechtigt. Es ist an den Männern, sich der Aufgabe, die sie in der modernen Ehe übernehmen sollen, klar bewusst zu werden. Größere Flexibilität der Rollen und Gleichberechtigung in den gegenseitigen Beziehungen der Partner fördern auch das Entgegenkommen, mit dem die einzelnen Familienmitglieder einander begegnen.

Diese Wandlungen sollten jedoch die unersetzliche Rolle und Sendung der Frau als Mutter und die Verantwortung des Vaters in der Familie keineswegs verringern. Die Erziehung zur Mutterschaft sowie

zur verantwortungsbewussten Vaterschaft und intensiven Beteiligung an der Erziehung der Kinder sind die Aufgabe vieler gesellschaftlicher Institutionen, vor allem jedoch der Familie selbst. Die Ehepartner erziehen ihre Kinder vor allem durch ihr eigenes Beispiel.

Die Selbständigkeit der heutigen Kinder verlangt von den Eheleuten die Kultivierung des Gefühlslebens und die Harmonie ihrer Ansichten. Ehe und Familie bedeuten eine Sicherung vor bestimmten zersetzenden Tendenzen der modernen Gesellschaft. Sie schützen ihre Mitglieder vor Anonymität und Vereinsamung. Sie können auch dem heutigen Menschen ein Gefühl der Geborgenheit, Sicherheit und Verwurzelung vermitteln. Hunderte von Jahren alte, aber auch heutige Erfahrungen zeigen, dass die Familie diese hohen Ansprüche besser erfüllt, wenn das Familienleben vom Glauben geheiligt ist. In einer solchen Familie können alle, Eltern und Kinder, gemeinsam zu echter Menschlichkeit heranreifen. Das Familienleben ist umso reicher, je fester die Bande sind, die ihre Mitglieder in gegenseitigem Dienst, in Zuhören und Anteilnahme vereinigen. Es besteht die Hoffnung, dass eine auf guter Ordnung beruhende Ehe auch den Kindern helfen wird, sich ihre Grundwerte für ihr eigenes Leben anzueignen. Als Christen betonen wir die Bedeutung der Familie, aber in der Praxis haben wir bislang noch keine ausreichenden Anstrengungen zur Unterstützung der Institutionen gemacht, die für den Schutz und die Festigung der Familie arbeiten. Auch innerhalb der Kirchen sollten die Probleme, denen die heutige Familie begegnet, durch entsprechende Schulung unter Teilnahme von Fachleuten aus Laienkreisen, und zwar sowohl für Eltern als auch für Geistliche unterstützt werden. Wir müssen wirksame Formen suchen, wir müssen lernen, Erfahrungen zu vermitteln, geeignete Literatur zu empfehlen und sollten auch nicht mit Geld sparen, geht es doch um die beste Investition in die Zukunft unserer Kirchen und unserer nationalen Gemeinschaft.

51. Die Gesellschaft soll Bedingungen für die Stabilität der Familie schaffen

Familie und Wirtschaftssystem ergänzen und bedingen einander. Die Welt der Arbeit und des Unternehmens ist dem Familienleben nicht allzu freundlich gesinnt. Sie sollte besser auf die Familienbedürfnisse achten. Eine bessere Harmonisierung der Berufstätigkeit mit den

Erfordernissen der Familie setzt voraus, dass beide Aktivitäten vom gesellschaftlichen Standpunkt gerecht bewertet werden und eine der anderen nicht übergeordnet wird. Die Tätigkeit in der Familie sollte auch gesellschaftlich anerkannt werden, was in ihrer finanziellen Bewertung zum Ausdruck kommen sollte. In wirtschaftlicher Hinsicht sollte die Berufstätigkeit gegenüber dem Familienleben nicht bevorzugt werden. Eltern, die sich den Kindern mehr widmen und deshalb nur Teilzeitarbeit leisten, dürfen im System der sozialen Sicherheit nicht diskriminiert werden (besonders in Bezug auf die Altersversorgung). Auch ihre Aussichten auf Wiedereingliederung in den Arbeitsprozess sollten verbessert werden. Die Höhe des Kinder- und Erziehungsgeldes muss so festgelegt werden, dass Kinder nicht zu einer der Hauptursachen von Armut werden können. Es hat sich gezeigt, dass für das soziale Erziehungssystem eine Familie mit vier bis fünf Kindern optimal ist. Unsere mehrköpfigen Familien stellen jedoch bislang die sozial am stärksten benachteiligte Bevölkerungsgruppe dar.

Von besonderer Bedeutung ist für junge Familien, aber auch für ältere und sozial schwache Bevölkerungsgruppen die Wohnungsfrage. Die Möglichkeiten zur Beschaffung angemessener neuer Wohnungen sind derzeit ungenügend und in der Sozialpolitik fehlt es häufig an Mitgefühl und gutem Willen zu Lösungen, die das Kalkulieren der Marktpreise überschreiten. Die Tatsache, dass jedes Sozialsystem missbraucht werden kann, sollte kein Grund zur Einstellung der Bemühungen sein, gesellschaftliche Bedingungen für die Stabilität der Familie zu schaffen.

52. Die Erneuerung der Gesellschaft beginnt in der Familie – der Beitrag der Familie zur Erziehung

In diesem Sinn ist die Familie unersetzlich für das Entstehen und die Entfaltung von persönlichen Beziehungen, die Entwicklung der Persönlichkeit, das Verständnis von Freiheit und Beschränkung, das Übernehmen von Verantwortung und das Gefühl von Geborgenheit, Treue, Erbarmen und Liebe. Das Zusammenleben und die Kommunikation in der Familie sowie die schenkende Zuwendung sind Kulturgüter von unschätzbarem Wert. Hier beginnt die Erneuerung der Gesellschaft. Im Glauben werden diese Güter geheiligt, vollendet und

erfüllt. Das Symbol der göttlichen Familie spielt in der christlichen Frömmigkeit eine bedeutsame Rolle.

Die Gestaltung der Familie ist ein Werk der Kultur und ein Ausgangspunkt der Bildung, an welche die Schulbildung organisch anknüpft. Beide Bereiche sind eine Werkstatt der Menschlichkeit, in beiden sollen wir neben dem Lernen verschiedener Fertigkeiten, Kenntnisse und der Ausbildung weiterer Fähigkeiten auch eine ganzheitliche Vorstellung vom Leben erhalten. Spezialisierte Bildung genügt nicht, wenn sie auch notwendig ist. Wir müssen uns tieferes Wissen aneignen, wenn wir nicht einer engen, nur auf Fachkenntnisse beschränkten Lebensauffassung verfallen wollen. Dazu gehört die Fähigkeit, über sein Fach hinaus zu blicken, imstande zu sein, auch "Fremdes" aufzunehmen. Das gilt nicht nur für verschiedene Wissensgebiete. Einen Mahnruf zu verständnisvollem Verhalten stellt für unsere Familien, Erwachsene wie Kinder, auch die Anwesenheit von ethnischen und nationalen oder unterschiedliche Meinungen vertretenden Minderheiten dar. Auch in dieser Beziehung sollen sich Familie und Schule als Werkstatt der Menschlichkeit bewähren, als "officina humanitatis" im Sinne von Johann Amos Comenius.

53. Die Folgen des Verlustes der integrierenden Rolle des Christentums in der Kultur

Die christliche Auffassung der Erziehung und Bildung hat im Laufe der Geschichte die Grundlagen der europäischen Kultur beeinflusst. Nach dieser Ansicht formt sich die Persönlichkeit des Menschen im Lichte der Erkenntnis des Sinnes der Dinge und des Lebens (Johann Amos Comenius). Es geht nicht nur um Wissen als Speicherung von Informationen, sondern um Besserung des Menschen und seine verantwortungsvolle Teilnahme an der Schaffung der Weltordnung. Es muss vor einer Bildung des Verstandes ohne Bildung des Herzens gewarnt werden. Was hilft ein noch so gebildeter Fachmann, wenn er ein Meister der Lüge und Heuchelei ist? Nur eine sittlich gefestigte, gebildete Persönlichkeit bringt der Gesellschaft Nutzen.

Das Regime des Realsozialismus wollte das Christentum konsequent aus der Kultur ausschließen. Auch heute wird der christliche Glaube nicht immer als ihre integrierende Grundlage betrachtet. Der Wert der Bildung wird nach ihrer Fähigkeit, die individuellen Bedürfnisse zu

befriedigen, gemessen. Diese bruchstückhafte, spezialisierte, instrumentale und technologisch orientierte Bildung soll den Menschen auf seine Stellung in der Gesellschaft vorbereiten, zu Erfolg und Macht verhelfen. In diesem Sinne formt sie auch eine Weltanschauung, die säkulare Werte und Normen in enger Auffassung bevorzugt. Ein derart orientiertes Bildungssystem hat eine Desintegration der Kultur im Gefolge.

54. Eine wichtige Aufgabe der Bildung ist die Erneuerung des christlichen Geistes der Kultur

Wir stehen vor der Aufgabe, der heutigen Bildung die Werte und die Orientierung wiederzugeben, welche ihre oben angeführten Mängel beseitigen können. Wir sind davon überzeugt, dass die besten christlichen Traditionen, die eine universelle Auffassung der Aufgabe des Menschen, Wahrheitsliebe sowie Sinn für Gerechtigkeit und das Gemeinwohl betonen, bei den Bemühungen, eine bessere Qualität der Bildung zu erreichen, wertvolle Inspirationen liefern können.

Eine vom Christentum inspirierte Bildung überwindet die instrumentale eindimensionale Orientierung. Sie betrachtet die Bildung als Kulturgut, das sich der Mensch nicht nur aneignet, um sich auf dem Arbeitsmarkt zu behaupten. Jede Bildung bedeutet eine Bereicherung des Menschen, eine Vertiefung seiner Lebensaufgabe und eine Hilfe bei seiner Arbeit im Dienste der Mitmenschen und der Gemeinde. Wir sind uns jedoch bewusst, „Erkenntnis macht aufgeblasen, die Liebe dagegen baut auf“. (1 Kor 8,1). Neben der Vermittlung von Erkenntnissen und ihrer sittlichen Grundlage kultiviert der christliche Glaube auch die Erinnerung. Er gewährt dem Menschen ein besseres Verständnis der Geschichte und eine innigere Beziehung zur Kultur. Er regt auch seine Phantasie an. Diese hilft ihm, seinen Blick vorwärts zu richten, die Zukunft nicht zu fürchten und eine positive Vision der Welt von morgen und übermorgen zu entwickeln.

55. Das Schulwesen darf nicht völlig dem Utilitarismus unterworfen werden

Wir treten entschieden dafür ein, dass die Bildung Priorität in der Gesellschaft erhält. Darin fühlen wir uns mit denen verbunden, die in

der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zur Zeit unserer nationalen Wiedergeburt die Seele der tschechischen Gesellschaft geformt haben.

Sie machten damit nur das zum Mittelpunkt ihrer Bemühungen, was ihrer Überzeugung nach einen der Grundzüge unserer Geschichte bildeten. Hilft die Bildung einem kleinen Volk zur Zeit der neuen, vor unseren Augen entstehenden Informationszivilisation, mit an Zahl und Ressourcen mächtigeren Nationen zu wetteifern, müssen ihr ausreichende finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Wie bereits angeführt, hat die nach 1989 vorherrschende ideologische Orientierung unserer Gesellschaft zur Reduktion der Bildung zu einer Ware und zu ihrer Vermarktung geführt. Gleichzeitig zeigen sich starke Tendenzen, die Verpflichtungen des Staates gegenüber dem Schulwesen abzuschwächen. Das Argument, es seien keine ausreichenden Mittel für die Unterstützung des Bildungswesens vorhanden, ist nicht stichhaltig, besonders wenn es zu einer Zeit vorgebracht wird, in der die Ausgaben für das Schulwesen einen Bruchteil dessen darstellen, was in der Wirtschaft und im Bankwesen vergeudet und verwirtschaftet wurde. In Hinblick auf die Schlüsselstellung der Bildung im Zeitalter der "lernenden" Informationsgesellschaft gefährdet eine solche Politik die künftige Prosperität der Nation. Die Kultivierung von Verstand und Ethos stellt die aussichtsreichste gesellschaftliche Investition dar. Haben wir doch bereits die Erfahrung gemacht, dass ein Mangel an sozialem Kapital von "Verstand und Ethos" unter anderem auch eine leistungsschwache Wirtschaft zur Folge hat.

Die Hochschulen, besonders die Universitäten, kehren nicht selten den humanistischen Idealen, auf die sich ihre Tradition gründet, den Rücken und befassen sich vorrangig mit Geldfragen. Dazu werden sie häufig durch die strikte Finanzpolitik der Staatsbürokratie gezwungen. Mehr als um die Freiheit der Wissenschaft bemühen sie sich dann, den Forderungen des Marktes und des Managements in Industrie und Politik entgegenzukommen. Die heutigen gebildeten Spezialisten sind nur selten gebildete Menschen in der klassischen Bedeutung des Wortes. Ingenieure, Manager und oft auch Wissenschaftler erhalten eine einseitige Fachausbildung. Ihnen fehlt eine tiefere humanistische Einsicht. Wir stehen vor der Aufgabe, uns gegen die Desintegration der Bildung unter dem Druck des Marktes und ausschließlich auf Gewinn gerichteter Kriterien zu wehren.

Wird nämlich die Funktion der Bildung ausschließlich von den Anforderungen des Marktes abgeleitet, dann vergisst man dabei, dass nur die Bildung selbst imstande sein wird, in fünf oder zehn Jahren darüber zu entscheiden, ob die Ansprüche des Marktes an die Bildung dieselben sind wie heute. Der Markt ist in dieser Hinsicht blind, er weiß nicht, was für eine Bildung er in der nächsten Generation brauchen wird. Deshalb gewährt nur eine möglichst gründliche und universelle Bildung Schutz vor den Launen des Marktes.

Die Entwicklung seit 1989 weist jedoch auch unbestreitbare positive Seiten auf. Zu ihnen gehört in erster Linie die Erneuerung der akademischen Freiheiten, des Rechts, im Unterricht, sowie in der Erziehung und Forschung von unterschiedlichen philosophischen und religiösen Grundlagen auszugehen. Das ist nach einem halben Jahrhundert Unfreiheit eine nicht hoch genug einzuschätzende Orientierung. Das Grundschulsystem wird auch in Zukunft vorwiegend unter staatlichem Einfluss stehen. Umso wichtiger ist es, die Zusammenarbeit von Kirchen und Staat in diesem Bereich zu unterstützen. Die kirchlichen Gymnasien und höheren Fachschulen sollten sich um ein hohes Niveau bemühen, gleichzeitig aber eine demokratische Einstellung bewahren, denn hier wird die Intelligenz erzogen, die wir für die Ausbildung von Pädagogen, Journalisten, Sozialarbeitern und anderen notwendigen Berufen brauchen.

56. Ständiges Lernen und Erwachsenenbildung sind unumgänglich notwendig

Die Weiterbildung von Jugendlichen und Erwachsenen in verschiedenen Interessensgebieten als Freizeitbeschäftigung bietet den christlichen Vereinigungen im Rahmen der Bürgergesellschaft große Möglichkeiten. Erwachsenenbildung ist in unserer in ständigem Wandel befindlichen Welt unumgänglich notwendig und sollte vom Staat und den Kirchen unterstützt werden. Dort, wo sie unter christlichem Einfluss steht, vermittelt sie Verständnis für Kultur im allgemeinen und ihre christlichen Elemente im besonderen. Von großer Bedeutung ist die Ausbildung für den Sozial- und Gesundheitsdienst zur Vorbereitung von Mitarbeitern des katholischen Caritasverbandes und der christlichen Diakonie, die heute weit verzweigt sind und auf ökumenischer Grundlage arbeiten.

Es gibt viele Bildungslücken, die aus der Vergangenheit aber auch aus der Gegenwart stammen. Es geht um Themen wie z.B. die Beziehungen zwischen Wissenschaft und Religion, Moral und Wirtschaft, die ethischen Implikationen der Technik, die Beziehung zwischen Kirche und Politik u.a. Vorrangig ist die Aufgabe, das Bewusstsein der europäischen Zusammengehörigkeit zu pflegen und zu vertiefen, an der sogenannten "Seele Europas" mitzuarbeiten. Die Kirchen müssen die außerschulischen Bildungsinstitutionen unterstützen und erweitern, so die Tschechische Christliche Akademie, die Mährisch-Schlesische Christliche Akademie, die Diözesanen Zentren für die Verbreitung der christlichen Soziallehre und weitere humanitäre, mit der Erziehung befasste Vereinigungen, z.B. YMCA, Akademische YMCA, u.a.

57. Die Macht der Medien in der heutigen Gesellschaft. Was man von ihnen erwartet

Die Massenmedien sind sonderbare Erfindungen. Sie können zur Weltkenntnis, zur Fähigkeit, verschiedene Erscheinungen zu werten, beitragen. Die von den Massenmedien vermittelte Kommunikation sollte jedoch vor allem als Prozess der Schaffung einer Gemeinschaft mit anderen Menschen, als Mittel zur Vertiefung des gegenseitigen Verständnisses betrachtet werden. Der Sinn dieser Kommunikation sollte die Suche nach menschlichen Werten sein, die über das bloße Vegetieren hinausreichen. Wir leben nicht von heute auf morgen.

Die Kirchen betrachten die Medien als Rampe, von der aus sie einen Dialog mit der heutigen Welt führen müssen. Je geringere Möglichkeiten sie haben, mit der Gesellschaft Gespräche zu führen, umso gewissenhafter müssen sie sich bemühen, dass ihre Stimme die Hörer und Leser erreicht und bei ihnen Interesse für ein solches Gespräch erweckt. Das erfordert von allen, die in den Medien arbeiten, Ethos, einen guten Überblick über das kulturelle Geschehen und ein hohes geistiges Niveau.

Die neuen Medien – Computer, Internet – haben die Möglichkeit, Informationen und kulturelle Werte zu vermitteln, in nie dagewesener Weise erweitert. Das erfordert auch eine bessere Orientierung der Nutzer. Viele Informationen sind nützlich und haben eine positive Bedeutung. Im allgemeinen ist jedoch ihr Einfluss auf die Entfaltung der

Persönlichkeit bei den meisten Teilnehmern gering oder problematisch. Das trifft in hohem Maße auch für die Christen zu. Vor allem geht es um eine falsche und unverantwortliche Auswahl der Programme. Das hängt mit Erziehungsfehlern und Bildungsmängeln zusammen. Die Programme sollten mit großer Umsicht gewählt werden. Man muss sich dabei von der Stimme des Gewissens leiten lassen und guten Geschmack bewahren. Die Eltern haben dabei eine besondere Verantwortung für ihre Kinder. Sie sollten imstande sein, mit ihnen über das zu reden, was sie gemeinsam gesehen oder gehört haben. Falls wir selbst in den Medien arbeiten, müssen wir Betrug, leere Worte und Schmeicheleien vermeiden und dürfen uns nicht durch politischen oder wirtschaftlichen Druck versklaven lassen.

58. Die Risiken eines Missbrauchs der Massenkommunikation

In ihrer gegenwärtigen Form erleichtern uns die Medien nicht, die Wahrheit über das Geschehen auf der Welt zu erfahren. Das Übermaß an überflüssigen Informationen, die unbestimmten, problematischen Wertungen, das bruchstückhafte, clipartige Sehen der Welt schwächt das Verständnis der Zusammenhänge und unsere Fähigkeit, die wesentlichen Dinge zu erfassen. Alle reden und niemand hört zu. Treffend heißt es im Evangelium nach Matthäus: "...die Menschen müssen Rechenschaft geben am jüngsten Gericht von einem jeglichen unnützen Wort, das sie geredet haben." (Mt. 12, 36)

Weisheit verträgt sich nicht mit den flatterhaften Informationen aus aller Welt. Die technischen Möglichkeiten der Darstellung auf dem Bildschirm verwischen oft den Unterschied zwischen Realität und Fiktion und zeigen das Leben in falschen Beziehungen in einer falschen Welt. Nicht nur zur Zeit des Kommunismus, sondern auch heute vermitteln die Medien Ideologien, wenn sie auch weniger durchgearbeitet sind und keine Polizeimacht hinter ihnen steht. Um unsere Gunst bewerben sich technologische, marktbezogene Ideologien und Globalisierungsideen. (Die Frage der Globalisierung erfordert eine selbständige Studie. Mit der drückenden Verschuldung der Entwicklungsländer und der Notwendigkeit, eine neue Wirtschaftsordnung zu schaffen, befasst sich unsere gemeinsame "Erklärung der Vertreter der christlichen Kirchen in der Tschechischen

Republik zur Konferenz des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank", Prag 31. August 2000).

Das Risiko eines Missbrauchs der Massenkommunikation ist groß. Den Medien wird vorgeworfen, dass sie sich vorwiegend auf unmittelbare, oberflächliche Erlebnisse konzentrieren und die Menschen manipulieren. Gewalttätigkeit, Vulgarität und allgegenwärtige laszive Sexualität sind ihrem Wesen nach kulturfeindlich. Zusammen mit der Überbetonung des materiellen Verbrauchs sind sie ein Zeichen der Unfreiheit. Die Medien, vor allem die kommerziellen, sind auf Werbung und die Schaffung neuer, meist überflüssiger Bedürfnisse eingestellt. Das hat zur Folge, dass in der Öffentlichkeit die Konsumwut überhandnimmt.

Die oberflächliche Religiosität der heutigen Zeit wird in die Medien aufgenommen und nicht selten zur Unterhaltung des Publikums ausgenutzt. Die Werbung macht sich die religiöse Symbolik und die Rituale geschickt zunutze. Das Fernsehen hat eine zivile Medienreligion ohne Gott geschaffen. Die Medien verstehen nicht zu schweigen und lassen den Unterschied zwischen Profanem und Heiligem verschwinden. Sie schildern das Leben häufig als ein Aufeinanderfolgen von Ereignissen, die erlebt werden müssen, nicht als Aufgabe, die man verantwortungsvoll erfüllen muss. Die Kirchen sind zwar bemüht, den engen ihnen zu Gebote stehenden Raum auszufüllen, aber es fehlt ihnen häufig an Fachkenntnissen. Nur wenige ihrer Programme sind anziehend.

Im Fernsehen und vor allem in den Zeitschriften nehmen Unterhaltungsprogramme und -artikel in beängstigender Weise überhand. Die Missachtung erzieherischer Ziele, die Vermittlung von fragmentarischen Informationen und die ständig wachsende Bedeutung, die der Unterhaltung beigemessen wird, schaffen eine virtuelle Realität von narkotisierender Wirkung. Als Instrument der politischen Macht haben die Medien zum Verfall des politischen Denkens, zur Desorientierung der Öffentlichkeit und zur Degradierung der Politik zur Show geführt. Die ideologische Publizistik in den ersten Jahren der Transformation war ein warnendes Beispiel von Verantwortungslosigkeit. Sie unterstützte einseitig und oberflächlich liberale Ideen und manipulierte die Öffentlichkeit zu naiver Leichtgläubigkeit. Ihre Klischees wurden als unantastbar betrachtet und diejenigen, die ihre Prinzipien in Frage stellten, erhielten keinen Raum

zur Verteidigung ihrer Meinung oder wurden niedergeschrien. Die christlichen Publizisten reagierten nicht in adäquater Weise, die Kirchen selbst sprachen sich nicht klar genug über Dinge aus, zu denen sie hätten Stellung nehmen sollen. Die christliche Soziallehre blieb weit hinter ihren Möglichkeiten zurück. Es gelang ihr nicht, der Öffentlichkeit den verborgenen Schatz ihrer Grundsätze zu erklären. In dieser schwerwiegenden, für das Erkennen der Zeichen der Zeit so bedeutungsvollen Angelegenheit nehmen wir einfache Christen und Repräsentanten der Kirchen unsere Verantwortung auf uns. Wir sollten die Rolle der Medien als Dienst an der Öffentlichkeit überzeugender unterstützen und uns um die Wiedereinsetzung der moralischen Dimensionen in ihre Rechte auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet bemühen. Als Bürger haben wir ein Recht auf gute Medien und sollten uns klarmachen, dass wir ihren Charakter beeinflussen können.

Trotz aller Kritik an den von den Medien anerkannten Werten und an den Unzulänglichkeiten und Mängeln ihrer Arbeit möchten wir betonen, dass ihre Freiheit eine Vorbedingung für die Meinungsvielfalt und eines der wirksamsten Mittel zum Schutz der Demokratie darstellt. Wir erinnern uns nur zu gut an die totalitären Systeme, deren strenge Zensur jeder frei geäußerten Meinung, ja selbst schwachen Anzeichen demokratischen Denkens feindlich gegenüberstand. Vor jedwedem Versuch, eine politische oder ideologische Zensur in unsere gesellschaftliche Praxis einzuführen sowie vor direkten politischen Eingriffen in die öffentlichen Medien muss gewarnt werden. Von den Medien verlangen wir mit Recht wahrheitsgetreue Informationen, konstruktive Analysen und das Respektieren der Menschenwürde.

IX. VISIONEN, HOFFNUNGEN UND IDEALE: DAS REICH GOTTES AUF ERDEN.

"Die Zeit ist erfüllt und das Reich Gottes ist nahe gekommen" (Lk. 17, 21). "Dein Reich komme" (Mt. 6, 10, Lk. 11, 2). "Denn das Reich Gottes ist nicht Essen und Trinken, sondern Gerechtigkeit und Friede und Freude im Heiligen Geiste." (Röm. 14, 17).

59. Ein Mensch, der nur von heute auf morgen lebt, kann nicht zufrieden sein und sein Geist leidet

Soll sich das menschliche Leben nicht nur im Strom kleinlicher Alltagsorgen erschöpfen, muss der Mensch auch künftige Geschehnisse voraussehen, lebenswichtige Entscheidungen treffen und das nicht nur für die nächsten Tage oder Wochen, sondern für lange Zeit, und er muss sich die Frage stellen, von der es kein Entrinnen gibt, die Frage nach dem Sinn unseres Erdenlebens. Das gilt nicht nur für das Leben des einzelnen, sondern für die ganze Gesellschaft. In der Gesellschaft hat die vierzigjährige negative Erfahrung mit der Planwirtschaft und der monolithischen Ideologie des vergangenen Systems deutliche Spuren hinterlassen. Die totalitäre Macht war bestrebt, die Zukunft der einzelnen Bürger und den Verlauf aller gesellschaftlichen Prozesse langfristig vorzubestimmen. Das ruft heute Misstrauen gegen Visionen, Hoffnungen und Ideale in uns hervor, sowohl im persönlichen als auch im gesellschaftlichem Maßstab. Wir glauben nicht an die Möglichkeit, etwas in der Politik zu verändern, wenn auch der gegenwärtige Zustand breite Massen der Bevölkerung beunruhigt. Viele, die im letzten Jahrzehnt dem Konzept des tschechischen Wegs der Transformation ohne Vorbehalt und aufgrund von falschen Hoffnungen Glauben geschenkt hatten, haben in den letzten Jahren ihre Illusionen verloren.

Aber Enttäuschung über falschen Messianismus ist kein Grund zur Resignation. Wir dürfen die Hoffnung nicht verlieren, unsere Ideale und Visionen nicht aufgeben. Die christliche Gemeinschaft in der tschechischen Gesellschaft kann auf ihren Glauben an das kommende Reich Gottes nicht verzichten. Die Worte, die wir im Gebet des Herrn sprechen: "Dein Reich komme", zwingen uns, über die Auswirkung dieser Botschaft auf unseren persönlichen Glauben und unsere gesellschaftliche Verantwortung nachzudenken.

60. Die gegenwärtigen Verhältnisse dürfen nicht zur Richtschnur unseres Verhaltens werden

Jesu Aufforderung zu grundlegender Wandlung, die seine Verheißung des kommenden Reichs Gottes begleitet, betrifft alle Ebenen des Lebens. Sie gilt für die geistige und sittliche Grundlage unseres Seins als Einzelmenschen ebenso wie für unsere

zwischenmenschlichen Beziehungen im engen Kreise der Familie, unter Freunden, in der kirchlichen Gemeinschaft. Sie weist uns aber auch den Weg zu einer kreativen Sicht der Fragen, welche die Gesellschaft, die Umwelt, das ganze Universum betreffen.

Die Aufforderung zur Wandlung ist bedeutsam. Sie zeigt, dass es dem Zeugen Christi niemals nur um die Erhaltung dessen gehen kann, was schon erreicht wurde. Nicht für ihn selbst und nicht für die Gemeinschaft, die Gemeinde, der er angehört.

Der Idealismus muss in die tschechische Politik und in das öffentliche Leben zurückkehren. Wir sind zu Offenheit, zu neuen Schritten aufgerufen, wir können uns durchaus nicht mit dem zufrieden geben, was erreicht worden ist. Die Politik ist nicht nur die "Kunst des Möglichen", der Christ ist zur "Politik der Hoffnung", ja zur "Politik des Unmöglichen" aufgerufen. Wir dürfen weder uns selbst und noch weniger andere definitiv in die Kolonne des uns genau Bekannten einreihen, mit dem wir nach eigenem Dünken verfahren können. Weder unsere Partner noch unsere Gegner dürfen zum bloßen Gegenstand unseres politischen und wirtschaftlichen Kalküls werden. Das Wunder der Konversion, der Umkehr ist auf persönlicher sowie gesellschaftlicher Ebene möglich.

61. Die Kirchen dürfen nicht schweigen, das würde ihre Mitschuld bedeuten

Eine Bestätigung unseres neuen Ausschreitens, unseres Glaubens an eine Veränderung der Verhältnisse ist das Bestreben jedes Christen sowie der Kirchen nach Erfüllung von Jesu Mahnruf: "Trachtet zuerst nach dem Reich Gottes und nach seiner Gerechtigkeit, so wird euch alles übrige hinzu gegeben werden" (Mt. 6,33). Das mahnt die Christen, vor allem für die Schwachen und Armen zu sorgen, für die, welche unter die Räder gekommen sind. Zu den vorrangigen Aufgaben der Kirchen gehört die Pflicht, ihre prophetische Stimme zum Schutz derjenigen zu erheben, die schwach sind und ihre berechtigten Ansprüche nicht verteidigen und häufig nicht einmal aussprechen können. Die christliche Soziallehre soll das brennende Feuer des Herrn und die Hoffnung der Armen sein. Die Kirchen müssen, ob sie nun wollen oder nicht, den Ungerechtigkeiten der heutigen Welt entgegenreten, die Hunger, Armut, Rassendiskriminierung, Angst, Terror, Gewalttaten und Mord,

Umweltzerstörung u.a. im Gefolge haben. Dazu verpflichtet sie der Glaube an die Botschaft der Bibel und ihre prophetische Tradition.

Die alttestamentlichen Propheten rügten im Auftrag Gottes – oft nach Sträuben und Überwindung der eigenen Schwäche – die Israeliten, weil sie fremden Göttern dienten, ungerecht handelten, fremdes Eigentum gierig an sich rafften, sich bestechen ließen, das Gute hassten und das Böse liebten. Indem die Kirchen im Namen der Gerechtigkeit protestieren, rücken sie in den Mittelpunkt der Ereignisse und zeigen im Dialog mit Schwachen und Mächtigen (mit beiden von ihnen auf andere Weise!) den Weg auf, der zur Lösung der Probleme führt.

Zu den Schwachen und häufig völlig Schutzlosen gehören die Minderheiten, vor allem die aus den Balkanländern und Osteuropa stammenden Menschen. Die Angst vor den Fremden beherrscht eine beträchtliche Zahl unserer Bürger. Das schwierigste Problem in unserem Land ist jedoch das Zusammenleben der Mehrheitsbevölkerung mit unseren der Volksgruppe der Roma angehörenden Mitbürgern. Die Kirchen warnen nachdrücklich vor extremistischen Gruppen, die zu Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Hass gegen alle, die "anders" sind, aufrufen. Die Kirchen betrachten den Schutz der Menschenrechte als eine ihrer Prioritäten im Rahmen ihrer Verantwortung für das Leben der Gesellschaft. Wir fordern die Gesetzgeber auf, unsere Rechtsordnung schrittweise so umzugestalten, dass sie in jeder Beziehung mit den internationalen Abkommen über die Menschenrechte in Einklang steht.

62. Die christliche Vision als den gesellschaftlichen Veränderungen entsprechendes Programm zur Schaffung geordneter Verhältnisse

Den Gegensatz zwischen dem Reich Gottes und unserer Zeit können wir als Pflicht auffassen, die Bereitschaft zu offener Kritik auch gegenüber Institutionen, Werten sowie politischen und wirtschaftlichen Mechanismen zu wahren, die am richtigen Platz zu stehen scheinen. Auch sie sind das Werk von Menschen, gehören zu unserem "Zeitalter" und sind unter gewissen historischen Bedingungen entstanden, deren lebensspendende Kraft sich nicht selten bereits erschöpft hat. Neben einer eingehenden Analyse benötigen wir auch eine Vision, eine Art Arbeitshypothese oder Modell, das verändert

werden kann und auf den Grundsätzen der christlichen Soziallehre beruht. Das bedeutet nicht, dass wir uns zum Ziel gesetzt haben, eine ideale Gesellschaft zu erreichen. Wir versprechen nichts Derartiges und streben es auch nicht an. Die Botschaft, dass das Reich Gottes nicht auf Essen und Trinken beruht, sondern auf Gerechtigkeit, Frieden und Freude im Heiligen Geist, führt uns zur Erkenntnis, dass wir uns vor allem um diese Früchte des Heiligen Geistes bemühen müssen. Dann wird uns alles andere, was wir zum Leben brauchen, gegeben werden.

Das II. Vatikanische Konzil und die weltweiten Gremien der protestantischen Kirche, so der Weltrat der Kirchen, die Weltallianz der Reformierten Kirchen, der Luthersche Weltverband und die Synoden und Konvente der einzelnen protestantischen Kirchen haben in den letzten Jahren die Christen aufgefordert, sich gründliche Kenntnisse anzueignen und sich in das wirtschaftliche, soziale und politische Leben einzugliedern. Nur so können sie nämlich zur Lösung der sozialen Frage beitragen, was ohne die entschlossenen Zeugen des Evangeliums und alle Menschen, die guten Willens sind, nicht möglich ist. Der Verstand ohne die Gaben und den Aufruf der Offenbarung läuft Gefahr, sein Endziel, das ewige Leben, aus den Augen zu verlieren. Dem Glauben ohne Verstand droht, dass er zu einem Mythos oder Aberglauben wird. Begeisterung, Eifer und guter Wille allein genügen nicht. Das lebenslängliche Streben nach Erfüllung der sozialen Sendung des Evangeliums möge von der unstillbaren Sehnsucht nach Gerechtigkeit in unseren Herzen beflügelt werden. Aus diesen Bemühungen können charismatische Persönlichkeiten hervorgehen, welche die Ideale der Ehrlichkeit, Selbstlosigkeit, Wahrheitsliebe und persönlichen Sittlichkeit verkörpern. Solche führende Persönlichkeiten aus den Reihen der Geistlichen, Politiker und Unternehmer werden in Gemeinschaft mit verantwortungsbewussten Bürgern fähig sein, unser Land aus der moralischen und gesellschaftlichen Krise herauszuführen.

In diesem Zusammenhang möchten wir eine Frage aufwerfen, mit der wir uns heute auseinandersetzen haben.

63. Freiheit als sittliche Aufgabe

Mit Besorgnis stellen wir fest, dass im letzten Jahrzehnt Freiheit in unverantwortlicher Weise immer häufiger als Recht ausgelegt wird, die eigenen selbstsüchtigen Interessen zu verfechten. Das ist eine

Deformation des Freiheitsideals. Echte Freiheit ist eine sittliche Aufgabe. Sie unterliegt dem Gesetz. Darauf weisen zahlreiche Stellen in der Bibel hin. Im Buch Exodus wird erzählt, wie der Herr die Israeliten aus dem Haus der Knechtschaft herausführte. Auf diesen Akt der Befreiung folgte der Bund auf dem Berge Sinai mit den zehn Geboten Gottes. Diese Gebote stellen die Weichen für ein wahres Leben in Freiheit. Bezeichnend für die biblische Botschaft ist, dass sie die Freiheit des eigenen Wachstums immer mit dem Dienst an der Entfaltung der Gemeinschaft, der Gemeinde verbindet. Diese Freiheit ist nicht uferlos, sondern kultiviert, verantwortungsvoll, es ist eine Freiheit im Rahmen der Ordnung.

Freiheit in diesem Sinne steht nicht in krassem Gegensatz zu Gerechtigkeit. Das bekannte Dilemma "je mehr Freiheit, umso weniger soziale Gleichheit" wird von den Ökonomen manchmal als unvermeidliche Gesetzmäßigkeit betrachtet. Es könnte scheinen, als müssten die bürgerliche und politische Freiheit sowie die Freiheit des Unternehmens, welche die wirtschaftliche Prosperität bedingen, mit dem Wachstum der sozialen Unterschiede bezahlt werden. Am Beispiel vieler Länder und Kontinente hat sich gezeigt, dass eine solche Gesetzmäßigkeit nicht existiert. In den ehemaligen Ostblockländern sind wir ganz im Gegenteil Zeugen einer besorgniserregenden Entwicklung, des Wachstums der sozialen Unterschiede beim gleichzeitigen Sinken des Wirtschafts- und Lebensniveaus. Auch bei uns ist es vorläufig nicht gelungen, allgemeine wirtschaftliche Prosperität des ganzen Landes zu erreichen und trotzdem wachsen die Unterschiede zwischen Armen und Reichen. Deshalb ist die Verbindung der sich von unten in der Bürgergesellschaft entwickelnder Solidarität mit einer sorgfältig ausgewogenen Legislatur ungemein wichtig. Es ist unbedingt notwendig, gleiche Möglichkeiten für alle zu schaffen, vor allem gleiche Bildungsmöglichkeiten ohne Rücksicht auf Eigentum, Stellung und Bildung der Eltern. Das wird verhindern, dass Gerechtigkeit, Freiheit und Gleichheit, diese unschätzbaren gesellschaftlichen Güter, miteinander in Widerspruch geraten sondern zu ihrem fruchtbaren Zusammenwirken beitragen.

64. Die Kirchen bieten neue Wege an – fürchten wir uns nicht, gegen den Strom zu schwimmen

Die christliche Soziallehre, die sich vor allem in den letzten hundert Jahren bewährt hat, ist auch heute lebensfähig und regt zur Schaffung kühner Perspektiven für die Zukunft an. Die gesellschaftlichen Wandlungen, zu denen es weltweit kommt, überstürzen sich oft. Umso wichtiger ist es, diese Veränderungen zu analysieren und zu ermitteln, welche Tendenzen positiv und mit der christlichen Ethik vereinbar sind, weil sie die Menschenwürde unterstützen und die deshalb gefördert werden müssen.

Es zeigt sich, dass im beginnenden Zeitalter der Informations- und Kommunikationstechnologien vor allem auch die vom Menschen im Rahmen der Marktmechanismen verrichtete Arbeit einer radikalen Veränderung unterworfen ist. Sie bedeutet nicht mehr lebenslängliche Berufstätigkeit bei einem Arbeitgeber. Die ständig wachsenden Anforderungen an Flexibilität und Anpassungsfähigkeit stellen die Menschen vor neue Probleme. Die Dezentralisierung und Individualisierung der Arbeit erfordern Selbständigkeit, Kreativität und Verantwortung. Wo soll der Mensch für diese anspruchsvollen Aufgaben Kraft schöpfen? Nach unserer Überzeugung wappnen der persönliche Glaube, die auf Hoffnung gestützte Gemeinschaft mit unseren Mitmenschen auf dem Boden der christlichen Vereinigungen den Menschen auch für schwierige Lebensentscheidungen.

Man wird neue Lösungen suchen müssen, für den Fall, dass es nicht gelingt, für einen großen Teil der Bevölkerung im produktiven Alter Arbeit zu sichern. Verlust der Arbeit muss nicht gleichbedeutend mit dem Verlust von sinnvoller Betätigung sein. Wenn es den gemeinnützigen Organisationen, deren Mitglieder aus menschlicher Sympathie handeln, gelingt, neue Formen der Selbsthilfe zu entwickeln, droht auch Menschen im postproduktiven Alter oder solchen, die ihre Arbeit verloren haben, nicht der Verlust ihrer Menschenwürde. Betreuung von Kindern und Familien, Arbeit im Haushalt, in Erziehungsanstalten und Volksbildungsstätten und eine ganze Reihe anderer nützlicher Aktivitäten werden im gesellschaftlichen Leben sicher ihren Platz (und Unterstützung!) finden. Die Zukunft wird neue Formen der Einschätzung jedes Menschenlebens bringen.

Hier steht die christliche Gemeinschaft vor einem weiten Aufgabenbereich. Sie soll bezeugen, dass die Menschenwürde nicht nur

mit *Leistung* verbunden ist, für die wir *am Markt* bezahlt werden, sondern die Frucht *der Gnade ist*, die wir in Christus von *vornherein und ohne Verdienste* erhalten. Den kirchlichen Sozialethikern wird in Zukunft die Aufgabe zufallen, sich damit auseinander zusetzen, wie sich dieses Grundprinzip des christlichen Glaubens der sozialen marktwirtschaftlichen Ordnung einverleiben lässt. Von großer Bedeutung ist die Initiative "von unten", neue Ideen und Versuche der Christen und aller Menschen, die guten Willens sind.

Die christliche Soziallehre regt uns zum Suchen von Wegen zur Bekämpfung aller negativen Tendenzen und bedrohlichen Zustände im sozialen Bereich an. Es wäre jedoch falsch zu behaupten, dass wir ein Rezept gegen alle Übel haben. Wir müssen uns bewusst sein, dass es eine ideale Gesellschaft und einen idealen Staat niemals gegeben hat und auch nicht geben wird. Der Kampf um ein menschenwürdiges Leben auf Erden wird niemals enden. Schützen wir unsere Freiheit, suchen wir neue Alternativen und neue Lösungen! Schrecken wir nicht vor neuen Wegen zurück, wenn sie auch augenblicklich gegen den Strom führen. Fürchten wir uns auch nicht, unsere Kinder in diesem Geist zu erziehen. Es gibt niemals einen Überschuss an tapferen Menschen.

65. Die Konstanten der christlichen Soziallehre: ein "Ja" oder "Nein" zu den gesellschaftlichen Konzepten und Visionen

Den Kern der christlichen Soziallehre bilden die Vorstellungen von der Würde jedes Menschen, der Solidarität und Subsidiarität, dem Gemeinwohl, der Teilnahme des Menschen an den ökonomischen Prozessen, in denen er seine Persönlichkeit entfalten kann, von der Freiheit und den unveräußerlichen Menschenrechten. Alle diese Vorstellungen stehen in Einklang mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte sowie mit den ihr entsprechenden Pflichten der Menschen. Außerdem betreffen sie die soziale Verantwortlichkeit des Eigentümers, die Freiheit des Unternehmens und eine soziale Marktwirtschaft, die Recht und ethische Grundsätze respektiert. Aus diesen Vorstellungen schöpfen wir Inspirationen für die Schaffung von Arbeitsalternativen, Vorhaben und Visionen im Bereich des sozialen, wirtschaftlichen und politischen Lebens. Wir schöpfen aus ihnen

Inspirationen und die Kraft, ein klares "Ja" oder ein klares "Nein" zu den verschiedenen gesellschaftlichen Erscheinungen zu sagen.

Wir glauben, dass Friede und Wohl zu den innigsten Wünschen jedes Menschen gehören. Gläubige und Ungläubige, Arme und Reiche haben sie gemein. Unsere Denkschrift soll folgende Botschaft vermitteln: Die eigentliche Grundlage beständiger Prosperität ist ein Zustand, in dem die führenden Kräfte der Gesellschaft und die einzelnen Bürger ein Leben in Gerechtigkeit und das Gemeinwohl anstreben. Wollen wir uns darüber einigen, was Wohl und Frieden bedeutet, müssen wir einen Dialog führen, disputieren, debattieren. Demokratie ist Diskussion. Wir sind des Monologes der Tauben überdrüssig. Ein Christ weiß jedoch, oder sollte jedenfalls wissen, dass ein Mensch erst dann anderen zuhören kann, wenn er still wird, stehen bleibt, zurückblickt, und seinen bisherigen Weg in einem neuen Licht erblickt. Das gilt sowohl für den einzelnen als auch für die Kirchen.

Am Beginn unserer Denkschrift haben wir unser Bedauern ausgedrückt. Wir bedauern die vergangenen Fehler, die Schuld, mit der die Christen vergangener Generationen beladen sind sowie unser eigenes Unvermögen, den Ansprüchen des Evangeliums in seiner sozialen Dimension gerecht zu werden. Der Herr ruft uns zur Besserung auf. Wir betrachten uns nicht als Besitzer der einzigen Wahrheit. Deshalb öffnen wir uns im Geiste der Reue dem Gespräch über die dringenden Fragen der Gegenwart. Wir wollen die Meinungen der anderen hören, der Politiker, Wirtschaftsführer, Wissenschaftler, Sozialarbeiter, Bürger, Arbeitnehmer und Arbeitslosen. Gemeinsam mit allen wollen wir einen neuen Weg suchen. Uns allen ist eine Frist gesetzt.

Wenn sich Menschen finden, die guten Willens sind und sich ein empfindsames Gewissen bewahrt haben, ob sie nun der christlichen Gemeinschaft angehören oder nicht, und wenn sie ihren Dialog verantwortungsvoll und mit Sachkenntnis führen, dann können wir hoffen, dass in unserem Land die ersehnte Wandlung eintreten wird und mit ihr Frieden und Wohl, für das wir ständig beten und arbeiten wollen.

Prag, September 2000

ANMERKUNGEN:

(1) Leider tun dies auch die Mitarbeiter des Amtes für die Untersuchung der Verbrechen des Kommunismus.

(2) Nur so kann der Irrtum früherer Generationen von Christen überwunden werden, die fast ausschließlich die individuelle Ethik, die Änderung der Denkweise des Einzelmenschen, betonten. Dadurch unterschätzten sie die Notwendigkeit einer Umwandlung der Institutionen. Und umgekehrt: viele dachten besonders unter dem Einfluss der Aufklärung mit ihrer optimistischen Meinung vom Menschen, dass das, worauf es ankommt, die Veränderung der gesellschaftlichen Institutionen ist, die Wandlung des Denkens würde sich automatisch einstellen. Heute wissen wir, das eines das andere bedingt.

(3) Schon der alttestamentarische Prophet warnte: "Aber wenn den Gottlosen Gnade widerfährt, so lernen sie nicht Gerechtigkeit, sondern sie tun nur übel..." (Jes. 26, 10)

(4) Hierher gehört die wichtige Frage, ob der Mensch ein Recht auf Arbeit, d.h. auf Eingliederung im Rahmen der Marktmechanismen und gegen die vom Arbeitsmarkt bestimmte Bezahlung hat. Eine Diskussion über dieses Problem halten wir für unumgänglich, können ihm jedoch in unserem Dokument nicht den gebührenden Raum widmen.

(5) Ein Zeichen dafür, dass die Kirchen auch in diesem Bereich die Verantwortung auf sich nehmen, könnten die Versuche sein, eine "lokale, regionale (Seniorats- und Diözesen)"-Tripartität zu entwickeln, die von den kirchlichen Institutionen oder christlich orientierten Bürgerschaftsverbänden organisiert werden könnten.